

Sozialdemokrat

Zentralorgan der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Redaktion und Verwaltung: Prag II., Habliczkova nám. 32. Telefon 6796, nachts 6797. Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat Prag. Postfach 544. Einzelpreis 70 Heller. Bezugsbedingungen: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich 18.- K., vierteljährlich 48.- K., halbjährlich 96.- K., ganzjährig 192.- K. für Deutschland 16.- K. Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Die monarchistische Reaktion marschiert.

Auf Schloß Hertsenstein in der Schweiz wartet Karl Habsburg auf die Zeit, da er nach Wien zurückkehren kann, um dort die Herrschaft der Habsburger wieder aufzurichten. Wenn es vielleicht auf ihn allein ankäme, so würde er nach den Erfahrungen des mißlungenen Osterreichischen Appetit danach verspüren, den Absichten auf seine Thronerhebung ein neues Abenteuer folgen zu lassen. Aber hinter ihm, dem Schwächling, stehen Frau und Schwiegermutter, von glühendsten Ehrgeiz erfüllt, die ihre Herrschaftsgelüste nicht verwinden können und deren willenloses Werkzeug Karl ist. Mit ihm warten auch die vielen Generale und Offiziere, die nach dem Umsturz, da Europa in Blut versank, hienlos wurden, denen jede ehrliche, produktive Arbeit verhaßt ist und die sich in die neuen Verhältnisse nicht fügen wollen, immer auf den Augenblick wartend, der sie zu Rang und Macht zurückbringen soll. Und mit ihnen warten jene Kreise, denen die Demokratie ein Grauel ist, die nur in der schrankenlosen Unterdrückung jeder Volksfreiheit die Möglichkeit der Sicherung fetter Profite erblicken und die Hoffnungen und Wünsche dieser Kreise stützen sich wieder auf die Schichten Jener, welche die dem Kriege folgende Zerrüttung der wirtschaftlichen Verhältnisse in ihrer Unwissenheit auf den Wechsel der politischen Staatsform zurückzuführen und die kurzfristig genug sind, zu glauben, die Wiederkehr des Monarchismus könnte alle wirtschaftlichen Schäden, die der fünfjährige Krieg verursacht hat, bannen.

Die Hoffnungen der monarchistischen Reaktion schöpfen auch noch aus anderen Quellen. Tirol droht mit dem Abfall von Osterreich und die dort aufgestellten Einwohnerwehren sind unter dem Deckmantel des Heimatschutzes zu einer Schutztruppe der monarchistischen Reaktion und zur Gefahr der demokratischen Staatsform Osterreichs geworden. Die größte Gefahr geht aber im Augenblick von Westungarn aus. Die durch die Selbstsucht und Hinterhältigkeit ihrer einzelnen Teile bedingte Zerfahrenheit und Schwäche der großen Entente ist die westungarische Frage weit über ihren ursprünglichen Rahmen herausgewachsen und sowohl zu einer Gefahr für Osterreichs republikanische Staatsform, wie für den Frieden Mitteleuropas geworden. Ursprünglich war die westungarische Frage nur eine Angelegenheit Osterreichs und Ungarns, nur die Frage der Durchführung des Trianoner Friedensvertrages und ihre Austragung brauchte nur diese beiden Staaten und etwa noch die Staaten der großen Entente zu berühren. Seither ist die Frage weit über ihre ursprüngliche Bedeutung gebiehen und es wird immer sichtbar, daß die schwarzgelbe Kontrevolution sie zum Ausgangspunkt eines Vorstoßes nach Osterreich, wenn möglich zur Besetzung Wiens und zur Wiedereinführung der Habsburger benützen wollen. Die große Entente hat die Besetzung des Burgenlandes durch die österreichische Reichswehr verhindert und dadurch die Horthyisten förmlich eingeladen, über die einziehende österreichische Gendarmerie herzufallen. Während die Ententemächte ruhig zusahen, wie Ungarn trotz des Verbotes ein großes Heer unter Waffen hielt und es ständig vergrößerte, hat die Entente die Aufrechterhaltung eines zum Schutze Osterreichs ausreichenden Heeres verhindert. Die Entente sah ruhig zu, wie die ins Burgenland einmarchierende österreichische Ge-

Bandenangriff auf Wiener Neustadt Beschießung von Brud a. L.

Wien, 8. Oktober. (Eigenbericht des „Sozialdemokrat“.) Heute Nacht ist eine ungarische Bande über die Leithabrücke bis nach Wiener-Neustadt vorgebrungen. Sie wurde sofort entdeckt und durch Gewehrfeuer unserer Grenzsicherung zurückgeworfen. Heute Morgen hat der Bürgermeister sofort eine Stadtratssitzung einberufen, in der beschlossen wurde, sich an die Regierung bezüglich eines genügenden Schutzes für Wiener-Neustadt zu wenden. Der Bundeskanzler erwiderte sonderbarerweise, daß für Wiener-Neustadt keine wirkliche Gefahr bestehe. In der vergangenen Nacht stand die Stadt Brud an der Leitha unter lebhaftem Gewehr- und Maschinengewehrfeuer. Ungarische Banden griffen vor Pahrensdorf aus unsere Wehrmacht an. Diese antwortete mit Maschinengewehrfeuer, worauf die Banden die Flucht ergriffen, einen Toten auf dem

Platz lassend. Auch in den ersten Morgenstunden und am Vormittage stand Brud unter Feuer. Bei Neubörsel (eine halbe Stunde vor Wiener-Neustadt) war die Feuerfähigkeit der Banden sehr lebhaft. Es wurde auch ein Feuerüberfall gegen Schloß Gießbüchel versucht. Eine Bande sperrt die Straße bei Mühlen-dorf, das noch auf ungarischem Boden liegt, gegen Ebenfurt und Gottendorf ab. Zuverlässige Nachrichten besagen, daß in Ebenfurt ununterbrochen reguläres Militär, gemischt mit Zivilisten, eintritt.

Die Selbständigkeit Westungarns in den burgenländischen Grenzgemeinden ausgerufen. Wien, 8. Oktober. Das „8 Uhr-Blatt“ meldet aus Westungarn, daß in allen Gemein-den an der westungarischen Grenze die Selbständigkeit Westungarns durch Plakate unter Trommelschlag verlaublich wurde.

Die kleine Entente auf alle Eventualitäten vorbereitet.

Wien, 8. Oktober. Die Wiener Abendblätter bringen nachstehende Meldung aus Belgrad: Im Hinblick auf eventuelle Komplikationen in der Frage Westungarns wurden in der letzten Zeit zwischen den Regierungen der Kleinen Entente abermals Verhandlungen geführt. Die Situation ist folgende: Die Kleine Entente steht auf dem Standpunkte der bedingungslosen Erfüllung des Friedensvertrages und die Regierungen derselben sind im ständigen Kontakt und für alle Eventualitäten vorbereitet. Sie sind

auch darin einig, daß sie in allen Richtungen gemeinsam vorgehen werden und die Mittel, welche bei verschiedenen Eventualitäten angewendet werden, werden der Ausdruck des vollkommenen Einvernehmens zwischen Belgrad, Prag und Bukarest und a l l e r d i n g s auch der großen Alliierten sein. Was die monarchistische Bewegung anbelangt, ist der Standpunkt der Kleinen Entente äußerst entschieden. Die Kleine Entente wird keine Bedrohung von dieser Seite dulden.

Die U. S. P. lehnt die Regierungsteilnahme ab.

Berlin, 8. Oktober. (Eigenbericht des „Sozialdemokrat“.) Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat an die Parteileitung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei ein Schreiben gerichtet, in dem er die Antwort der beiden bürgerlichen Koalitionsparteien erwähnt und zu wissen wünscht, ob die U. S. P. bereit sei, vorbehaltlich der Festsetzung des Regierungsprogramms im Einzelnen in dieses Kabinett einzutreten. Das Schreiben schließt: Unsere Partei legt auf den Eintritt der U. S. P. in das Kabinett W i t t h den größten Wert, weil dieses damit eine vorwiegend sozialistische parlamentarische Mehrheit erhalten würde, was uns vor allem im Hinblick auf die Steuerpolitik der nächsten Zukunft und auf die Durchführung der für die Sicherung der Republik notwendigen Maßnahmen geboten erscheint. Das Zentralkomitee der U. S. P. hat in einem Schreiben geantwortet, das folgendermaßen schließt: „Nachdem feststeht, daß von den drei gegenwärtigen Koalitionsparteien zwei eine Erweiterung der Koalition nach rechts wünschen und nicht nach links, kann ihre wiederholte Frage keinerlei aktuelle und praktische Bedeutung haben. Wir haben daher keine Veranlassung, eine gemeinsame Sitzung der Parteileitungen und der Reichstagsfraktionen einzuberufen, damit sie zu der völlig gegenstandslosen Frage Stellung

nehmen. Wie wir bisher zum Kabinett Witt gestanden haben und in Zukunft stehen werden, haben wir in unserer Antwort vom 5. Oktober klar ausgesprochen. Hält die Regierung an ihrer Politik im Rahmen der aufgestellten Forderungen fest, so ist ihr die parlamentarische Mehrheit in der Steuerpolitik der nächsten Zukunft und für die Durchführung der zur Sicherung der Republik notwendigen Maßnahmen sicher.

Berlin, 8. Oktober. (Drahtbericht des „Sozialdemokrat“.) Die Deutsche Volkspartei läßt erklären, daß sie unter folgenden Bedingungen in die Reichsregierung einzutreten bereit sei: 1. Die Anerkennung der Unerfüllbarkeit des Ultimatums durch den Reichskanzler. 2. Die Aufstellung der Schulfrage von Reichswegen. 3. Die Verwerfung der sozialistischen Vorschläge zur Erfassung der Sachverhalte.

In der nationalliberalen Korrespondenz, dem offiziellen Organ der Deutschen Volkspartei, wird dazu ausdrücklich erklärt, daß diese Partei in der von der sozialdemokratischen Partei beabsichtigten Erfassung der Geldwerte keine annehmbare Form der Besteuerung erblicke. Nach diesen Erklärungen dürfte man auf ein Zusammengehen der Rechtssozialisten mit der Deutschen Volkspartei nicht mehr rechnen.

barmerie von den von der ungarischen Regierung ausgerüsteten Banden angegriffen wurden, sie duldet es stillschweigend, daß das Burgenland von ungarischen Banden und regulärem ungarischen Militär wiederbesetzt wurde und sie begnügt sich schließlich ebenso mit der erbärmlichen Komödie der formalen „Übergabe“ Westungarns, die in der Unterzeichnung eines Protokolls bestand, wie mit dem Verbleiben der Banden im Lande, denen sie noch außerdem zum Hohn den Charakter von Sicherheitswehren verlieh. Die Eiferfüchteleien ins-

halb ihrer noch vorhandenen Teile führte dazu, daß die ungarischen Monarchisten immer dreister wurden und daß die Bandenbewegung in Westungarn, die vorerst nur den Zweck verfolgte, die Übergabe des Landes an Osterreich zu verhindern, immer mehr erstarke und ihre Pläne immer weiter ausdehnte. Die Regierung Horthy und Bethlens betruert, daß sie nicht hinter den monarchistischen Bandenbewegungen in Ungarn steht, aber sie bleibt die Unwort auf die Frage schuldig, wer diese Banden mit Geld und Lebensmitteln versorgt mit-

falls zeigt die ungarische Regierung weder Waffen und Munition ausrückt. Jeden die Nacht, noch den Willen, dem Treiben dieser Banden Einhalt zu tun, denn er erblickt in dem bewaffneten Ungarn ein unter Umständen notwendiges und brauchbares Gegengewicht gegen Jugoslawien. In Ungarn hat man auch die Impotenz der übrigen Staaten der großen Entente sehr wohl erkannt, man weiß, daß von der Entente so gut wie nichts zu fürchten ist und so ist das Siegesgefühl in den Legitimisten derart gewachsen, daß sie immer unverhüllter zu einem großen Angriff gegen das republikanische Osterreich rufen. Die täglichen Plänkelleien der ungarischen Banden mit den Truppen der Reichswehr, die freche Verletzung aller völkerrechtlichen Gesetze durch die Beschießung von außerhalb der Grenzen Ungarns liegender Städte geben hinreichend Zeugnis davon, daß die ungarischen Banden und ihre Führer den Freibrief für jedwede Gewalttat zu besitzen glauben und da sie bereits die Ueberzeugung besitzen, daß sie für ihre Raubereien Niemand zur Verantwortung ziehen kann, sehen sie auch die Stunde zum endgültigen Loschlagen nicht mehr ferne. Die täglichen Bandeneinfälle in österreichisches Gebiet sind die Exerzierübungen für den letzten entscheidenden Schlag der schwarzgelben Kontrevolution auf das republikanische Osterreich, das man besonders jetzt, nach dem Kursturze der Krone und dem damit ins fürchtbare gesteigerten Elend für hinreichend zermürbt hält, um der Rückkehr der Habsburger keinen größeren Widerstand entgegenzusetzen zu können.

Diese Rechnung der Karlisten stimmt aber nicht. Wenn sie sich die Eroberung Osterreichs als ein leichtes Spiel vorstellen, dann werden sie, wenn sie ihre Absichten ausführen, merken, daß sie sich täuschen, denn die österreichische Arbeitererschaft wird sich der Rückkehr des blutbesudelten Hauses Habsburg ebenso mit eiserner Faust widersetzen, wie sie gegen die schwarzgelben Räuberbanden der Ostzenburg und Bronau auf Tod und Leben kämpfen würde. Sie weiß, daß die Eroberung Wiens durch die entfesselten ungarischen Horden die Auslöschung jeder Freiheit, die Niedertrampfung der Arbeiterbewegung, den Mord in Permanenz bedeuten würde. Und sie würde, da es um die Freiheit der Arbeiterklassen, um die Möglichkeit ihrer Entwicklung geht, ihr Bestes daransetzen, den schwarzgelben Banditen zu wehren.

Der Vormarsch der Karlisten gegen die Hauptstadt der österreichischen Republik soll, so erhoffen sie, auch die Nachbarstaaten in Mitleidenschaft ziehen, wobei neben Siebenbürgen und Kroation vor allem die Hoffnung auf die Slowakei setzen, an der sie erwarten, daß dort dieser Vormarsch das Signal zum Aufstande geben werde. Ob diesen Hoffnungen Berechtigung zukommt, darüber ist schwer ein Urteil zu gewinnen, dennoch ist sicher, daß auch die Tschechoslowakei durch die Etablierung der Herrschaft der monarchistischen Reaktion in Osterreich nicht unberührt bliebe. Auch die Arbeitererschaft dieses Staates sähe sich dann vor große Gefahren gestellt, sobald sie alle Ursache hat, die Vorgänge in Westungarn mit größter Wachsamkeit zu verfolgen, denn sie können die Arbeiterklasse der Tschechoslowakei vor Entscheidungen von größter Bedeutung stellen. Noch steht die Gefahr nicht vor der Tür, aber in jeder Stunde kann sie zu einer Lebensfrage auch für uns werden. Es gilt gerüstet zu sein. Die monarchistische Reaktion marschiert — sie möge wissen, daß die Arbeitererschaft offen kämpfte hat sich zu wehren.

Wirtschaft und Politik.

Man sollte glauben, daß es in allen modernen Staaten der Zweck der politischen Tätigkeit überhaupt ist, das Wohl der Bevölkerung zu fördern. Alle politischen Bestrebungen sollten im Dienste der Wirtschaft stehen, die auswärtige Politik sollte darin ihren Ruhm finden durch den Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Staaten, Glück und Wohl- ergehen ins eigene Land zu bringen. Wirtschaftspolitik und auswärtige Politik müßten in unlöslichem Zusammenhange stehen, die auswärtige Politik müßte völlig darauf eingestellt sein, der Wirtschaftspolitik zu dienen. Aber auch hier erweist sich die Tradition stärker als die Bedürfnisse der breiten Massen der Bevölkerung. Die republikanische Diplomatie zeigt sich in ihrem Gebahren als Erbin der feudal-monarchistischen Diplomatie, sie wandelt noch immer in den ausgetretenen Bahnen Talleyrands und Metternichs, sie fühlt sich als das wichtigste Glied der staatlichen Politik überhaupt und blickt auf die Wirtschaftspolitik mit Verachtung herab. Der Gegensatz zwischen auswärtiger Politik und den wirtschaftlichen Bedürfnissen der Bevölkerung, das Auseinanderstreben dieser beiden Gebiete staatspolitischer Betätigung ist besonders kraß in der tschechoslowakischen Republik hervorgetreten, seitdem dieser Staat überhaupt besteht.

Das größte Unheil hat im ersten Jahre der Republik das Schlagwort von der westlichen Orientierung ange- richtet. Die neuen Machthaber lebten in der Bahndorfstellung, daß die wirtschaftlichen Beziehungen mit unseren „Feinden“, Deutschland und Deutschösterreich möglichst eingeschränkt werden müssen, daß wir wirtschaftliche Beziehungen vor allem mit dem Westen, den Ländern der Sieger, suchen müssen, daß also unser Export nach politischen Gesichtspunkten umgestellt werden müßte. Hohe Zollmauern sollten uns von Deutschland und Deutschösterreich abschließen und unser Warenverkehr sollte dem Diktat des Herrn Raschin folgend, sich nach England und Frankreich, Amerika und Italien wenden. Die Wirklichkeit aber erwies sich hier stärker als die berühmte „Energie“ des ersten Finanzministers der Republik und das statistische Staatsamt geriet nicht in die Lage, den Nationalisten die gewünschten wissenschaftlichen Unterlagen für ihre Ideologie zu liefern. Im Jahre 1920 kamen 61.47% unserer Einfuhr aus Deutschland und Deutschösterreich, aus den Ländern der großen Entente, England, Frankreich, Belgien, Italien und Amerika, jedoch nur 9.05% und aus den Ländern der kleinen Entente selbst wenn man Polen hinzurechnet, gar nur 5.13%. Von unseren Feinden also kamen 61.47% unserer Einfuhr, von unseren Freunden, u. zw. dem großen und kleinen Onkel zusammen 14.8%. Noch ärger steht es mit der Ausfuhr. Deutschland und Oesterreich nahmen uns im Jahre 1920 79.14% unserer Ausfuhr ab (Deutschland 44.47%, Oesterreich 37.67%), die große Entente dagegen bezog von uns 6.03% unserer Aus-

fuhrartikel und die kleine Entente nahm nur mit 3.97% vorlieb. Große und kleine Entente nahmen uns also insgesamt 10% unserer Ausfuhr ab, während fast 80% nach Deutschland und Oesterreich gingen. Die tschechoslowakischen Staatsmänner hatten mit ihrer Politik entschieden Rech. Die besten Freunde, zu denen wir nach dem Umsturz in Liebe entbrannten, wollten von uns nichts kaufen, selbst die Amerikaner nicht, trotzdem in jeder Geschäftsaussage das Bild des Präsidenten Wilson ge- hängen hatte, unsere Feinde aber, mit denen wir nichts zu tun haben wollten, und die nach im Sommer 1919 von einem Zollorgan als „mit uns im Kriegszustande befindlichen Mächte“ bezeichnet wurden, kauften uns den größten Teil unserer Ausfuhr ab und ermöglichten es, daß unsere Fabriken nicht stillgelegt, unsere Arbeiter nicht arbeitslos wurden.

Es ist eine Binsenwahrheit, daß die tschechoslowakische Republik ein Exportstaat ist. Sie hat von der alten Monarchie nur ein Viertel der Bevölkerung, aber einen weit größeren Teil der Industrie übernommen. Als Beispiel sei hier nur die Textilindustrie angeführt: von 47 Millionen Baumwollspindeln, die im alten Oesterreich liefen, haben wir nicht weniger als 35 Millionen übernommen. 74 Prozent der Textilbetriebe, 76 Prozent der Textilarbeiterschaft und 80 Prozent der Arbeitsmaschinen des alten Oesterreich befinden sich innerhalb der Grenzen der Tschechoslowakei. Die Textilindustrie allein müßte für 6 Milliarden Friedenskrone exportieren, wenn sie den Beschäftigungsgrad, den sie im alten Oesterreich gehabt hat, beibehalten wollte. Und so wie es in der Textilindustrie steht, ist es noch in einer ganzen Reihe anderer Industrien. In Wahrheit ist der Export von Industrieartikeln die Lebensfrage dieses Staates, nur so kann er die notwendige Einfuhr von Lebensmitteln decken und nur so können seine Arbeiter dem Elende der Arbeitslosigkeit entzogen werden.

An diesen harten Tatsachen prüfe man nun die auswärtige Handelspolitik unseres Staates, die zur *S. M. A. v. d. D. i. P. l. o. m. a. t. i. e* herabgesunken ist, zum Mittel einer Politik, welche den wirtschaftlichen Interessen seiner Bewohner ins Gesicht schlägt und die Lebensfrage dieses Staates völlig außer Acht läßt. Das Werkzeug des Herrn Benesch war bis vor kurzer Zeit der Handelsminister Holoweh, der von ihm abgeschlossene Handelsvertrag mit Frankreich bleibt ein Dokument dessen, wie sehr einzelne unserer leitenden Staatsmänner über die Bedürfnisse der Bevölkerung aus angeblich höheren diplomatischen Rücksichten hinwegschreiten. Der Handelsvertrag mit Frankreich war der Vertrag des Herrn mit dem Knecht, ein Vertrag, der uns fast nichts, den Franzosen aber bedeutende wirtschaftliche Vorteile gebracht hat.

Das neue Ministerium hat vorläufig noch nicht die geringste Anstrengung gemacht, die auswärtige Politik den wirtschaftlichen Bedürfnissen der Bevölkerung anzupassen. Das Außenhandelsamt liegt, nachdem man für Herrn Holoweh kein Amt mehr braucht, in den letzten Zügen und man wollte es zu-

nächst vollständig dem Außenministerium angliedern. Ministerpräsident Benesch hat sich zwar entschlossen, diese Absicht aufzugeben und die Agenda des Außenhandelsamtes unter das Ministerium des Neuhern und des Handels aufzuteilen, aber in einer Weise, daß die oberste Leitung der Handelspolitik dem Außenministerium zufällt. Das auswärtige Amt soll die allgemeinen Richtlinien der Handelspolitik angeben, insbesondere die Handelsvertragsverhandlungen einleiten, ihre Tendenz bestimmen und sie überwachen. Das heißt nichts anderes, als daß die Bedürfnisse des Außenamtes maßgebend sein werden für unsere ganze Handelspolitik, daß unsere Handelspolitik auch weiterhin die Dienerin des politischen Imperialismus des Staates sein soll, was geeignet erscheint, die wirtschaftlichen Aus- sichten der tschechoslowakischen Republik für die Zukunft nicht gerade zu verbessern. In einer Zeit der Wirtschaftskrise, da die Regierung alle Mittel ergreifen sollte, um den Export zu heben und dadurch das Uebel der Arbeitslosigkeit zu lindern, legt sie das wirtschaftliche Schicksal der Republik in Hände, die ihrer ganzen Natur nach dazu am wenigsten geeignet sind, in die Hände der Diplomatie. Würde in diesem Staat nicht bereits vom nationalistischen Standpunkt beurteilt werden und würden sachliche Momente in der Politik entscheiden, würde von allen Seiten gegen die Absicht des Ministerpräsidenten protestiert werden. So aber herrscht die Ruhe des Kirchhofs, der Kampf der Nationen hat die Vernunft erschlagen.

Germanischer Bauernkongress

In den Tagen vom 30. September bis zum 2. Oktober hat in Graz der zweite germanische Bauernkongress stattgefunden, der die Arbeiten des in Karlsbad im Dezember vorigen Jahres abgehaltenen ersten Kongresses fortsetzen sollte. Der Kongress war von 644 Delegierten besucht und das nicht nur aus Deutschland, Oesterreich und der Tschechoslowakei, sondern auch aus Norwegen, Finnland, Rumänien und der Ukraine. Die Tatsache, daß die Agrarier verschiedener Länder zusammenkommen, um eine gewisse Einheitlichkeit in ihre Politik zu bringen, ist auch für die Arbeiterbewegung beachtenswert, die das selbst gefassten Beschlüsse rufen auch die Aufmerksamkeit der sozialdemokratischen Arbeiter- schaft wach, die in jahrelangen Kämpfen für ihre agrarische Gegner Interesse zu gewinnen Gelegenheit hatte.

Zu den Artikeln, mit denen die agrarische Presse diesen Kongress begleitete, wurde der Hauptzweck der Veranstaltung ganz offen ein- bekannt. „Es erscheint uns heute schon klar“, so schrieb die „Deutsche Landpost“, „daß Sozialismus und Kommunismus nur durch die Zusammenarbeit der Bauern Europas wirksam bekämpft werden können. Den international organisierten Kräften der Revolution stellen wir den Block der für die Erhaltung der Ordnung und fortschrittlichen Entwicklung kämpfenden Bauernmassen entgegen.“ Die Agrarier bekämpfen seit Jahren in Gemeinschaft mit dem gesam-

ten Bürgertum die internationale Sozialdemokratie, sie haben die sozialdemokratischen Arbeiter schon oft und oft als Nationsver- räter hingestellt und sich als die alleinigen, kernigen und an der Scholle hängenden ein- zigen wahren deutschen Volksgenossen bezeichnet. Wo es ihre materiellen Interessen zu vertre- ten gilt, sind sie jedoch gerne bereit, mit ihren anderssprachigen Klassengenossen zusammen- zugehen und sich sogar von Zeit zu Zeit durch persönliche Neben den tschechischen Agrariern, die in der Regierung sitzen und dadurch einen großen Einfluß auf die Staatsgeschäfte haben, zu empfehlen. Diese zweideutige Stellung kommt auch in der in Graz gefassten Ent- scheidung geradezu klassisch zum Ausdruck. Es heißt da: „Wir warnen unser deutsches und das gesamte germanische Landvolk, sich auch nur in Worten auf internationale Grundsätze festzulegen. Dagegen sind zwischen- staatliche Verbindungen und Vereinbarungen aller landwirtschaftlichen Vertretungskörper durchaus zu begrüßen“. Also die sozialdemo- kratische Internationale, pfui, das ist Gift fürs Landvolk, aber die internationale agrari- sche Interessengemeinschaft, ja Bauer, das ist etwas anderes! — Vorläufig also: Zusam- menfassung des agrarischen Landvolks germa- nischer Rasse, Errichtung eines Sekretariats, Herausgabe einer Zeitschrift, überstaatliche Zweckverbände, zwischenstaatliche Vereinbar- ungen „zum Zwecke einheitlicher Stellung- nahme zu Fragen der Landwirtschaftsge- setzgebung“, später wird sich schon die bereits lose angeknüpfte Verbindung mit den Agrariern der anderen Nationen fester gestalten lassen. Herrscht doch in den Agrarparteien, die auf dem Boden des alten Oesterreich wirken, noch die Tradition Hohenblums. Der Kampf gegen den Sozialismus, insbesondere die Sozialisierungsbestrebungen „im Sinne einer Verge- sellschafung der landwirtschaftlichen Betriebs- führung“, wie es in der Resolution heißt, wird schon alle diejenigen, die für Salm und Mhr streiten, zusammenführen. Insbesondere gegen die „landfremden Leute“, die in die stillen Dörfer Zwietsch und Unfrieden tragen und die vorher hochzufriedenen Landarbeiter „auf- heben“, müssen sich die Agrarier aller Länder zusammenschließen. Das Erwachen der Land- arbeiter zum Klassenbewußtsein, zum Bewußt- sein der Solidarität mit den Industriearbei- tern, das ist der wahre Bauernkrieg, den die Agrarier fürchten.

Von Interesse sind auch die Beschlüsse, die sich gegen den heutigen Parlamentari- smus richten. In den Segnern der Demokra- tie von links gefellen sich also auch die Segner von rechts. Der Grund ist klar; die Mittel- und Großbauern können die Kleinlandwirte, die den größten Teil der Wählerschaft der agrarischen Parteien stellen, nicht mehr bei der Stange halten, sie wollen daher nicht das Parlament, in dem der Wille der Mehrheit der Bevölkerung entscheidet, sondern Berufs- ständekammern, in denen die wirtschaftliche starken Großbauern die Mehrheit und Füh- rung haben und nach Herzenslust Politik ma- chen können.

Die einzig vernünftigen Beschlüsse, sind die- jenigen, welche die Förderung des Genos- senschaftswesens und den Ausbau des landwirtschaftlichen Fortbildungsunterrichts

Fenilleton.

Jean Voltaire:

Palamedes bei den Ferrosagen.

Das ferrosagische Heerwesen.

In den „Denkwürdigkeiten des Palamedes“, die nur nach und nach einem verehrten Pu- bliko zugänglich gemacht werden können, ist besonders der höchst merkwürdigen öffentlichen Einrichtungen der Ferrosagen gedacht, die Pa- lamedes kennen zu lernen, Gelegenheit hatte und die als Musterbild des Unschicklichen an- zuführen er nie unterließ. Einen beträchtlichen Teil dieser „Denkwürdigkeiten“ bilden Margi- nalien über das ferrosagische Heerwesen, welche zur Belehrung der Unverständigen hier aufge- zeichnet seien.

Zur Zeit des großpultomanischen Staates waren die Ferrosagen leidenschaftliche Gegner des Heerwesens, freilich nur des pultomani- schen, denn sie selbst, wie sich später zeigte, hat- ten nach Gründung ihres eigenen Staates und nach Unterjochung der bei ihren Netzbänken hinträumenden Pultomanen, nichts eiligeres zu tun, als sich ein eigenes Heerwesen zu schaf- fen, das sowohl ihrer Eitelkeit als auch ihrer robus- ten Natur entsprach und für das sie denn, als für ein Symbol ihrer Staatsgewalt große Beträge auszuwerfen nicht anstanden. Getrost konnte man sagen, daß sie hinsichtlich des Heer- wesens pultomanischer als die Pultomanen waren. Hatte der pultomanische Hauptmann

durchschnittlich 5-6 Orden, so hatte der ferro- sagische mindestens ein Klingenband Duhend und waren die pultomanischen Ordensbänder zweifarbig, so paradierte der ferrosagische Jen- turio mit Ordensbändern in allen Regenbo- genfarben papageienartig über die Corcos da- hin.

Palamedes hatte Gelegenheit mit dem Hauptordnungsmacher (es soll vielleicht Haupt- ordnungsmacher heißen. Der Streit der Philologen über die richtige Lesart ist noch nicht abgeschlossen), der ferrosagischen Armee bekannt zu werden. Dieser Mann war vor Jahren ein unter den Ferrosagen hervor- ragender Dichter gewesen und pflegte besonders gegen das Heerwesen (freilich wiederum nur gegen das der Pultomanen) zu eifern. Die Ferrosagen setzten ihn darum, mit Recht ver- mutend, daß hinter seiner Abneigung gegen das pultomanische Heerwesen, sich eigentlich nur Zuneigung für das ferrosagische verborge, zum Oberaufseher ihrer Legionen ein. Er pflegte in eigens für ihn bestimmten Wagen schweißsam mit martialischem Gesichtsaus- druck ein Schwert in der Rechten und eine Dora in der Linken auf den Heerstrahlen der Ferrosagen einer Windsbraut vergleichbar dahinzujagen und sich solchermassen völlig für das Gebeihen und Wachsen der ferrosagischen Kriegskunst einzusetzen. Dieser seltene Mann an einem so ungewöhnlichen Posten zeigt deut- lich, wie sehr es die Ferrosagen verstanden, bei Besetzung ihrer Ämter die widersprüch- lichsten Gegensätze, als etwa Apollo und Ares in der Harmonie eines stamessischen Zwillinges aufzutreten zu lassen. Immer wenn bei ferro- sagischen Gastmählern von diesem wahrhaft vielseitigen Würdenträger die Rede war, ent-

standen Meinungsverschiedenheiten und Zanf. Die einen verglichen ihn mit Bindar, während die anderen behaupteten, Achilles stände ihm dem Wesen nach am nächsten. Am Ende aber einigten sich beide Parteien dahin, daß er nur mit sich selbst verglichen werden könne und jeder andere Vergleich im Hinblick auf die ein- zigartigen Verdienste dieses Mannes sowohl um die ferrosagische Poeterei als auch um die Kriegskunst dieser Nation notwendig hinken müsse.

Eine der ferrosagischen Armee besondere Einrichtung, die Palamedes sonst in keinem Lande wahrgenommen hat, war die Pflege eines innerlichen Verhältnisses der Soldateska zu den Künsten, zumal dies wie wir eben sa- hen, vollkommen der Persönlichkeit der leitenden Männer entsprach. Mindestens einmal in der Jahreszeit pflegte jede Kohorte in eine pultomanische Stadt ausgesandt zu werden, um sich dort mit dem *S. t. u. d. i. u. m. d. e. n. t. m. a. l. p. f. l. e. g. e.* abzugeben, die in der ferrosaga- schen Armee zu unerhörter Blüte gelangte. Die Art und Betreibung dieser Denkmals- pflege war für die ferrosagische Soldateska ge- radezu eine Lebensaufgabe und gestaltete sich zu einem Sport, der zuweilen mit so mania- kalischer Lust betrieben wurde, daß diejenigen Pultomanen, die mit dem Vorgehen bei sol- cher Denkmalspflege nicht einverstanden waren, von der wild gewordenen Soldateska erbarmungslos in Stücke gerissen wurden. Ueber- haupt fielen Pultomanen öfters dervartigem orgastischen Treiben zum Opfer, denn den ferrosagischen Legionären machte es gar nichts aus, bald an diesem, bald an jenem Orte einige Pultomanen abzuschlachten, was denn zur Ur- sache vieler innerer Reibungen und Zwistia-

keiten im ganzen Staate wurde. Indessen, da die Pultomanen von Natur sehr vergeßlich sind, und die Ferrosagen erklärten, man möge doch um Himmels willen wegen einiger toter Pultomanen nicht so viel Aufhebens machen, entschwinden solche Vorfälle sehr bald aus der Erinnerung der Bürgerschaft.

Die Ferrosagen riefen zur Organisation ihrer Armee eigens dazu bestellte Gallier her- bei. Die Gallier kamen, ließen sich in Klingen- der Münze bezahlen und stolzierten in bunten Wämfern wie Puthähne durch die Straßen der Residenz. In die pultomanischen Städte ver- sen sie harte ferrosagische Besatzungen, bauten kostspielige Ballisten, Sturmböde und Skatapulte, sahen im übrigen auf ihren Vorteil und ließen Gott forgen. „Niemals“, so ruft Palamedes, an einer Stelle seines Berichtes aus, „sah ich noch ein Volk, das sich in so ver- nünftiger Weise aus bloßer Furcht vor der Abhängigkeit von der einen Nation in die Ab- hängigkeit einer anderen begab.“ Die Gallier lächelten listig, kümmerten sich wenig um die wehen Tischen ihrer Gastgeber und unter dem Deckmantel der Hilfeleistung gingen sie ihren eigenen Geschäften nach, indem sie ganz Ferro- sagien allmählich zu einer gallischen Provinz umzuformen bestrebt waren, was ihnen denn bei der Leichtgläubigkeit der Ferrosagen nicht sehr schwer wurde. „Ueberall“, so berichtet Palamedes, „ehrte man diese Gallier in ge- radezu unbegreiflich übertriebener Weise, jeder Mann von Welt suchte ihren Verkehr und für die Frauenzimmer der Ferrosagen gab es nichts Ehrenderes, denn als Beischläferin eines galli- schen Offiziers zu gelten.“

berlangen. Sie können nur dahin führen, die landwirtschaftliche Produktion zu steigern, die Kleinbauern, durch deren Organisierung wirtschaftlich unabhängig zu machen, was durchaus im Interesse des Proletariats gelegen ist.

Leider hat man über die Debatten, die auf dem Kongress geführt wurden, nicht viel erfahren. Der Grund liegt wohl darin, daß, wie eine agrarische Zeitung vor der Tagung schrieb, „die wichtigsten Gesichtspunkte der Handels-, Zoll- und Finanzpolitik den größten Teil der Beratungen beanspruchen werden.“ Das dürfte auch der unmittelbare Zweck der Tagung gewesen sein. Die Agrarier haben die gebundene Wirtschaft in allen Ländern unmöglich gemacht, sie haben die Weltmarktpreise für Getreide herbeigeführt, aber schon jetzt genügt ihnen das nicht. Mit dem Essen ist ihr Appetit gewachsen. Sie fürchten, die Konkurrenz am Weltmarkt wird die Preise des Getreides trotz der Entwertung der Valuta in Mitteleuropa drücken. Sie wollen daher durch Zölle die Einfuhr des Getreides erschweren, die Massen der Konsumenten aushungern und die Preise über das Weltmarktniveau hinaustreiben. Dieses Streben mit aller Kraft zu bekämpfen ist eine der wichtigsten und aktuellsten Aufgaben der sozialistischen Parteien aller Länder.

Inland.

Was für ein „Symptom“ ist die Vernichtung des Brünner deutschen Theaters? Das deutschgeschriebene Regierungsblatt steht mitten in dem chronischen nationalistischen Fieber, der den tschechoslowakischen Leib seit seiner Geburt schüttelt, Symptome seiner Gefundung. So ein Symptom ist, daß man den Prager deutschen Theaterverein für den gerichtlich bestätigten Raub des Landes-theaters — iustitia fundam. mentum regnorum est — eine Summe bietet, die kaum für eine ordentliche Bühnenausstattung, geschweige denn für einen ganzen Theaterneubau hinreicht; so ein Symptom zur Besserung der unhaltbaren Nationalitätenverhältnisse in diesem Staate ist auch angeblich, daß man Ausländern auch erlaubt, sich nicht der ihm unbekannt „Staatsprache“ zu bedienen, wogegen der nichttschechische Inländer in vielen Fällen hierzulande den Behörden und Adressaten wehrlos ausgeliefert bleibt, und so ein Symptom zur Besserung der Verhältnisse ist endlich, daß man gegen gewalttätige Soldaten die Strafanzeige erstattet. Aber am gleichen Tag, da die Regierungspreffe ihre Ernennung der Symptome zu einer Besserung der nationalen Verhältnisse hält, geschieht in Brünn etwas, das wieder wie ein Symptom noch länger Leiden auslöst, die die Deutschen dieses Staates seit dessen Entstehen zu erdulden haben: Die Brünner deutsche Schaubühne soll in einer Stadt von 60.000 Deutschen vernichtet werden. Der „Kulturanschuss“ des Brünner Gemeinderats, der seit dem Umsturz aus Dreizehntel Nichtbrünner besteht, hat Freitag beschlossen, den Mietvertrag mit dem deutschen Theaterverein nicht mehr zu erneuern. Das bedeutet, daß dieser „Kulturanschuss“ eine vornehme Bühne, die seit dem Jahre 1772 besteht, einfach obdachlos macht und somit vernichtet. — Wer nach Symptomen für eine Besserung der Nationalitätenverhältnisse in diesem Staate auspäht, kann in dem neuen Theaterraub nur das Gegenteil finden: Die Krankheit selbst, die die Psyche des tschechischen Volkes seit Jahren deformiert hat. Ein tschechischer Sozialdemokrat war der Wortführer bei dieser Unkultur! Die tschechischen Genossen von der Sybernergasse, die erst unlängst gegen die nationalistische Verheerung Stellung genommen haben, mögen prüfen, ob sie die Tat ihres Vertrauensmannes in dem sogenannten Kulturanschuss mit ihren erst kürzlich geäußerten Absichten vereinbaren können. Kann unter solchen Umständen das deutsche Volk in der Tschechoslowakei sein Selbstbestimmungsrecht zugunsten dieser Republik ausüben? Mit Totschweigen kann man eine Krankheit nicht heilen. Der Fall von Brünn ist für das ganze deutsche Volk in diesem Staate, insbesondere aber für die 800.000 Deutschen während so schmerzlich, daß man über die Tatsache der Vernichtung des Brünner deutschen Kulturlebens nicht einfach zur Tagesordnung übergehen kann. Wir denken hierbei in erster Linie an die tschechischen Sozialdemokraten, die eine derartige Unkultur nicht zugeben dürfen. Man heilt nicht einen kranken Körper, indem man ihm neue blutige Wunden schlägt.

Tschechische und deutsche Abstimmungs- „Pravo Lidu“ zieht einen treffenden Vergleich zwischen der Abstimmungs- des tschechischen Bürgerthums — bekanntlich wichen die tschechischen Abgeordneten durch volle 16 Jahre, von 1863 bis 1879, den Wiener Reichsrat — und der gegenwärtigen Abstimmungs- des deutschen Parlamentarischen Verbandes und sagt: „Das deutsche Bürgerthum vergleicht des öfteren seine Lage in der Republik mit der

Lage der Tschechen in Oesterreich. Es ist dies zwar kein treffender Vergleich, aber lassen wir ihn heute gelten. Dann aber sollten die Deutschnationalen die Blätter der Geschichte der tschechischen Politik durchgehen, welche auch ihre Periode der Abstimmungs- hatte und sollen lernen, wie diese Politik gendete hat. Die tschechischen Abgeordneten wichen durch 16 Jahre die Sitzungen des Wiener Reichsrates. Das Ergebnis war, daß die österreichische Gesetzgebung während ihrer Abwesenheit insbesondere in wirtschaftlicher und nationaler Hinsicht weit ungünstiger war, als sie es bei ihrem Dabeisein gewesen wäre. Haben trotzdem die tschechischen Politiker in ihrem staatsrechtlichen Idealismus die Abstimmungs- aushalten können, so hauptsächlich aus dem Grunde, weil wir damals eine arme Nation waren, ohne Industrie- und Finanzkapital, das damals durchwegs in deutschen Händen war. Der furchtbare Fall der alttschechischen Partei, die nach der Periode der Abstimmungs- politisch von der jungtschechischen Partei, deren Politiker gegen die Abwesenheit vom Reichsrat ausgetreten waren, hinweggesetzt wurde, hat auch seinen wirtschaftlichen Hintergrund gehabt. Die jungtschechische Partei war eine Partei des jungtschechischen Bürgerthums, das den altväterlichen Schuhen entwachsen war und bei uns den modernen Liberalismus vorgestellt hat, der sich auf die verheißungsvollen Anfänge tschechischer Industrie und tschechischen Handels gestützt hat. Diese Bourgeoisie wurde dank ihrer materiellen Interessen zur Abwehr der Abstimmungs- gedrängt, wenn sie sich auch unter die jungtschechischen Fahnen unter dem Namen eines kämpferischen Staatsrechtlerthums und kräftigen Nationalismus einreichte. Aus dieser jungtschechischen Partei entstand mit der Entwicklung des tschechischen Kapitals die positive Politik Kramarschs, ihre ehemaligen Hochverräter, die in österreichischen Kreisen geschmäht hatten, setzten sich auf die Ministerstühle und nahmen die Titel von Geheim-, Hof- und kaiserlichen Räten sowie Orden vom österreichischen Kaiser an. Das deutsche Bürgerthum in unserem Staat ist von Parteien vertreten, hinter denen die mächtigsten Kreise des Industrie- und Finanzkapitals der Republik stehen, mächtiger als das gesamte Kapital, das von der tschechischen Bourgeoisie beherrscht ist. Diese Kreise vertragen auf die Dauer keine Abstimmungs-, ja, wir wagen es zu sagen, sie vertragen nicht einmal auf die Dauer eine Oppositionspolitik. Diese Kreise können den Weg einer national-revolutionären Politik, die den Staat regiert und die nationale Selbstbestimmung der Deutschen in der Republik zu ihrem einzigen Inhalt macht, nicht beschreiten.“ — Die historische Parallele, die das „Pravo Lidu“ im vorstehenden zieht, entspricht der materialistischen Geschichtsauffassung und ist in ihrem Kern sicherlich richtig.

Ihre Wiederkehr. Prager bürgerliche Blätter melden: Samstag vormittags trat der Deutsche Parlamentarische Verband zu einer Vollversammlung zusammen, um über die weitere Taktik des Verbandes schlüssig zu werden. Vorher fanden Beratungen der einzelnen Klubs statt, um zu diesen Fragen Stellung zu nehmen. Nach eingehender Debatte wurde der Beschluß gefaßt, sich an den Sitzungen der Nationalversammlung zu beteiligen, da durch das Verschwinden der Beamtenregierung die Voraussetzungen für eine Abstimmungs- der Mitglieder des Verbandes fehlen. Samstag abends begaben sich 24 Mitglieder des Deutschen parlamentarischen Verbandes, Angehörige aller im Verbands vereinigten deutschbürgerlichen Parteien, in die Slowakei.

Ubrzal Ministerpräsident-Stellvertreter. Das tschechische Rechtsbüro meldet: Die Regierung der tschechoslowakischen Republik hat in ihrer am 5. Oktober abgehaltenen Sitzung den Minister für Nationalverteidigung Franz Ubrzal zum Stellvertreter des Ministerpräsidenten gemäß den Bestimmungen des § 71 der Verfassungsurkunde gewählt.

Ausperrungen im Ostrauer Revier.

Mähr.-Ostrau, 8. Oktober. Wegen des schlechten Abfahrs und der großen Vorräte von Kohle wurde gestern in allen drei Schichten die Arbeit auf allen Bahnhofs-Gruben, in allen Wilgezel-Werken, auf der Grube und in der Kofereci der Alpine eingestellt. Auch Montag wird in diesen Werken nicht gearbeitet werden. Die Kofferei und die Grube der Alpine soll aus denselben Gründen und im Auftrage der Wiener Direktion für die Zeit der Krise vollkommen stillgelegt werden. Dieser Beschluß verzurachte unter der Belegschaft große Erregung. Im ganzen wären 1100 Arbeiter und 170 Koffer betroffen. Die Arbeiter sind bei den zuständigen Behörden eingeschritten, um den Unternehmungen nicht zu gestatten, die Arbeit einzustellen.

10. Oktober: Entree von Venedig. Rom, 8. Oktober. (Ag. Stef.) Wie verlautet, erstattete Minister des Innern, Marchese della Torretta im Ministerrat einen Bericht über die bürgerländische Frage. Er teilte mit,

daß er am 10. Oktober nach Venedig abreife, um dort mit den Delegierten Oesterreichs und Ungarns zusammenzutreffen um über die Italien übertragene Vermittlung zu verhandeln.

Der Achtstundentag in Deutschland in Gefahr.

Berlin, 8. Oktober. (Drahtbericht des „Sozialdemokrat“.) Der amtliche preussische Pressedienst erklärt zu der Verlängerung der Arbeitszeit in den Leunawerken, daß das Übereinstimmen mit ähnlichen Vorgängen in der übrigen chemischen Industrie und daß die Einführung der 56-Stunden-Arbeitswoche auch in dem Entwurfe zum Reichsarbeitsgesetze vorgeesehen ist. Diese Darstellung ist falsch, denn die chemische Industrie hat die 56-Stundenwoche im Gegentheil wieder abgeschafft und auch bei den Verhandlungen in Höchst ist ihre Wiedereinführung einstweilen zurückgestellt worden. Die „Freiheit“ sagt zu den Angriffen auf den Achtstundentag: „Es liegt die Gefahr vor, daß der Achtstundentag in so weitem Umfange umgangen wird, daß für die Arbeiterschaft daraus außerordentliche Schäden entstehen müssen. Für die Gewerkschaften ergibt sich die Notwendigkeit, diesen Streich abzuwehren und sofort in großem Umfange Vorkehrung dagegen zu treffen. Eine Neuherung der Gesamtsorganisation der deutschen Gewerkschaften zu dieser Angelegenheit, die von grundsätzlicher Bedeutung ist, ist dringend erforderlich. Wir erwarten, daß die Spitzenorganisationen die notwendigen Schritte bei der Regierung ohne Zögern tun werden.“

Deutschlands Aufwand für Befestigungskosten.

Paris, 6. Oktober. Auf der Grundlage des heute vormittags mitgeteilten Beschlusses der Reparationskommission für die Berechnung der Befestigungskosten, für die bis zum 1. Mai 1921 der Durchschnittskurs desjenigen Vierteljahres zu berechnen ist, in dessen Verlaufe die Ausgaben entstanden sind, betragen diese Kosten für die Zeit vom 11. November 1918 bis 30. April 1921 in der Währung der einzelnen Befestigungsmächte: Amerika: 278.067.610 Dollar, Frankreich 2.304.850.470 Fr., England 52.881.298 Pf. Sterling, Belgien 378.731.390 Belg. Fr., Italien 15.207.717 Lire. Auf Ersuchen Frankreichs hat die Reparationskommission beschlossen, die Befestigungskosten nach dem Durchschnittskurs des Vierteljahres in Goldmark auszurechnen. Hieraus ergaben sich folgende Ziffern: Amerika 1.106.732.830 Goldmark 12 Pf., Frankreich 1.276.450.638 G.-M. 42 Pf., England 991.016.359 G.-M. 53 Pf., Belgien 194.706.228 G.-M. 27 Pf., Italien 10.064.861 G.-M. 29 Pf., zusammen rund 3.339.500.000 Goldmark.

Die Franzosen über Wiesbaden.

Paris, 8. Oktober. (Savas.) Die Presse nimmt das Wiesbadener Uebereinkommen einmütig in sehr günstiger Weise auf. Die Blätter heben die ungewöhnlich praktische Bedeutung des Abkommens hervor, in dessen Abschluß sie ein glückliches Ereignis auf dem Wege zur Wiederherstellung regelmäßiger wirtschaftlicher Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland erblicken.

Tirol sucht vergebens Anschluß an Deutschland.

Berlin, 8. Oktober. (Eigenbericht des „Sozialdemokrat“.) Wie der „Lokalanzeiger“ meldet, haben zwischen den Vertretern Tirols, die den Anschluß an Deutschland wünschen, und der Reichsregierung unverbindliche Besprechungen stattgefunden. In Tirol ist eine starke politische Gruppe vorhanden, die die Loslösung Tirols von Oesterreich als erstes Ziel verfolgen. Das soll die Etappe bilden zum Anschluß an das Deutsche Reich oder Bayern. Die Stellung der Reichsregierung ist durch den Friedensvertrag gegeben. Dieser schreibt dem Deutschen Reiche vor, daß es sich in die innerpolitischen Verhältnisse Oesterreichs keineswegs einmischen darf, außerdem verbietet er den Anschluß Oesterreichs an Deutschland. Die Reichsregierung wird diesen Gedanken bei den Verhandlungen mit den Tirolern scharf betonen und unter allen Umständen ablehnen auf das Anerbieten der Tiroler eingegangen.

Berlin, 7. Oktober. (Tsch. B.) Die Blätter aus Haag melden, hat bei der Eröffnung ins Unterhaus Sougthon, der liberale Koalitionslandidat, eine Niederlage gegen den Arbeiterlandidat erlitten, der mit einer Mehrheit von 4000 Stimmen gewählt wurde.

Berlin, 7. Oktober. Die „Deutsche Meereszeitung“ meldet aus Rom: Die italienische Regierung hat dem Mitglied der Sowjetregierung Lunacarski, der auf dem sozialistischen Parteitag in Mailand die dritte Internationale vertreten sollte, die Einreise verweigert.

Oesterreichischer Bundesrat.

Wien, 8. Oktober. Der Bundesrat genehmigte die gestern vom Nationalrate beschlossenen Gesetze betreffend die Sitzverlegungen der Länderbank und der Anglo-Bank, sowie das Bankkontrollgesetz. Im Laufe der Debatte protestierte der Großdeutsche Vierbaumer gegen das Diktat der Entente, welche die beiden Bankgesetze annehmen zwang. In Besprechung der westungarischen Frage verwies er auf die Haltung Ungarns unter Duldung der Entente der österreichischen Republik drohenden Gefahren und erklärte, wenn der Vertrag von Trianon nicht restlos erfüllt wird, dann ist auch der Vertrag von Saint Germain in Fehden zu reifen und wir können auf das Nähertrüben des Tages hoffen, der uns die Bahn zum Anschluß an das Deutsche Reich freimacht.

Paul Keri verzichtet auf Gnade.

Budapest, 7. Oktober. Der Präsident des Strafgerichtshofes ließ heute den zum Tode verurteilten Paul Keri vorführen und richtete an ihn die Frage, ob er, wenn er schon gegen das Todesurteil keinen Rekurs ergriffen habe, nicht um seine Begnadigung ansuchen werde. Keri verneinte dies. Der Präsident nahm diese Aeußerung zu Protokoll und forderte sodann den Verteidiger Keri mittels Gerichtsbeschlusses auf, im Sinne der Strafverurteilung für seinen Klienten binnen drei Tagen das Gnadengesuch einzureichen.

Die Not in Rußland.

Gefährdung des Bahnverkehrs.

Kopenhagen, 7. Oktober. Moskauer Zeitungen berichten: Wenn im Laufe der nächsten Zukunft keine größere Menge Brennmaterial geschaffen würde, müßten die meisten der noch in Betrieb befindlichen Eisenbahnen ihren Betrieb einstellen.

Rumänische Rüstungen.

Die Völkerverversammlung in Genf unterzieht sich tagelang über die Möglichkeiten der Abrüstungen, Harding beruft die Großmächte nach Washington, um den Rüstungsaumel zur See einzuschränken. Der rumänische Kriegsminister aber verlangt zu der Milliarde Lei seines ordentlichen Budgets neuerdings 7 1/2 Milliarden für außerordentliche Ausgaben. Die Ziffer spricht für sich selbst. Rußlands Nachbarn denken nicht daran, Frieden zu halten. Durch provokante Riesenrüstungen geben sie sich vielmehr die ehrlche Mühe, den großen Nachbar in Unruhe zu halten, bis aus der fortwährenden nervösen Gereiztheit ein neuer Krieg entspringt. Es ist den rumänischen Genossen hoch anzurechnen, daß sie sich den Forderungen ihrer Kriegsheger mit aller Macht entgegenstemmen.

Rumänische Blutjustiz.

Bukarest, 7. Oktober. Das Kriegsgericht in Klausenburg hat nach einmonatiger Verhandlung gegen 68 Magyaren, die der Verführung gegen den Staat angeklagt waren, das Urteil gefällt. Anwesend waren nur 19 Beschuldigte, die übrigen befinden sich in Ungarn. Es wurden Strafen von 5 bis 15 Jahren Zwangsarbeit ausgesprochen. Der abwesende Leutnant Terfanski wurde zum Tode verurteilt, 18 erhielten lebenslängliche Zwangsarbeit.

Eine Untersuchungskommission für Albanien.

Genf, 6. Oktober. (Tsch. B. V.) Der Völkerverbundrat beschloß in seiner Sitzung, die aus drei Mitgliedern bestehende Untersuchungskommission für Albanien zu ernennen. Diese Kommission soll, sobald die Völkerverkonferenz die Grenzen Albanien festgesetzt hat, die Ausführung der von den alliierten und assoziierten Hauptmächten getroffenen Entscheidungen feststellen und für etwaige Unruhen an den albanischen Grenzen Rechenschaft ablegen.

Der Streit um Schantung.

Peking, 8. Oktober. (Savas.) In ihrer Antwort auf die japanische Note in der Schantungfrage erklärte die chinesische Regierung, daß die von Japan vorgeschlagenen Verhandlungsgrundlagen unannehmbar seien. Die chinesische Regierung verlangt die Rückgabe Kiautschau und die Zurückziehung der japanischen Truppen aus diesem Gebiete. Kiautschau, an der Südküste der chinesischen Provinz Schantung, wurde 1898 vom Deutschen Reich auf 99 Jahre gepachtet, während des Krieges von den Japanern besetzt (Ende 1914) und im Frieden von Versailles Japan zugesprochen, jedoch unter der Verpflichtung, es später wieder an China zurückzugeben.

Der Streit um Albanien.

Um Albanien ist seit Jahren mehr noch als um andere strittige Länder mit Intrigen und geheimen Völkereien gestritten worden, zuerst zwischen Italien und der österreichischen Monarchie. Konferenzen in London und Florenz grenzten 1913 die Interessensphären der beiden Staaten, den Lauf des Stumbi entlang ab, doch erhoben überdies Montenegro auf Skutari, Griechenland auf Koriza Ansprüche. Diese wurden durch die Grenzbestimmung des damals neu gebildeten Staates nicht befriedigt, so wie die Albanesen murrt, weil große Volksteile des Serben zugezogen wurden. Während des Weltkrieges, bot dann Oesterreich, um Italien neutral zu erhalten, dem wankenden Bundesgenossen Valona an und ebenso übertrug der Londoner Vertrag, durch welchen sich Italien 1915 der Entente verschrieb, diesem Staate das Protektorat über Albanien. Die Albaner selbst waren damit nicht unzufrieden. Zwar erklärten sie sich im Streit mit den Griechen um Koriza unabhängig, doch erkannten sie Italien als ihren eigentlichen Beschützer an. Erst ist das Ende des Weltkrieges und die Skrupellosigkeit mit welcher Italien Teile Albanien gegen das heißer begehrte Fiume einzutauschen versuchte, bewirkten einen Stimmungsumschwung und endlich einen antitalienischen Kuffstand der Albanesen. Soldatenunterereien und Eisenbahnerstreiks zwangen Giolitti zum Nachgeben. Im Frieden von Tirana verzichtete er auf Valona, das Gibraltar der Adria und gab damit die Transbalkanbahn und die an diese anknüpfenden italienischen Handels Hoffnungen auf. Indem er aber die dem Hafen von Valona vorgelagerte Insel Sasona behielt, schob er auch den strategischen Hoffnungen der Jugoslawen einen Niesel vor. Verhandlungen der jüngsten Zeit in London schränkten die griechischen und serbischen Hoffnungen noch mehr ein, da sie Albanien Grenzen von 1913 belästigten, Sasona bei Italien, Koriza bei Albanien liehen und Italien als Beauftragten des Völkerbundes erklärten. In ihren Erwartungen betrogen, hezten die Jugoslawen Stämme der Miriditen und Malesoren gegen die offizielle Regierung in Tirana auf, was diese mit einer Gegenbewegung regierungstreuen Banden beantwortete. Nun klagt Belgrad über Gewalt und Ueberfall und stellt in einem eben eingelangten Bericht voll Entrüstung fest, daß Gewehre und Geschützmunition aus italienischen Fabriken stammen. Von serbischen Truppen aufbewahrte nichtgeplante Granaten tragen italienische Marken. Der größte Teil der albanischen Truppen habe neue französische Uniformen. Gefangene behaupten, Uniformen, Gewehre und Munition habe Italien an Albanien geliefert, ebenso Proviant. Unter den Gefangenen befand sich ein Offizier der Tiranaregierung, bei dem ein Schreiben des albanischen Kriegsministers gefunden wurde. Darin wird der Angriff gegen die serbischen Truppen und die Befehle innerhalb der 1913 bestimmten Grenzen angeordnet, um einen Aufstand bei der albanischen Bevölkerung Serbiens hervorzurufen. Dieser Offizier bestätigt, daß sich italienische Fachoffiziere in den Reihen der albanischen Truppen befinden. All das klingt durchaus glaublich. Aber es entspricht der diplomatischen Methoden des Balkans, deren sich die Serben jederzeit ebenso unbedenklich bedient haben. Leider hat es nur weit über den Balkan hinausreichende Bedeutung, denn jeder Brandherd, der sich in Europa aufst, kann diesen unglücklichen Erdteil in Flammen setzen.

Belgrad, 6. Oktober. In Belgrader politischen Kreisen herrscht die Ueberzeugung, daß ein Zusammenstoß zwischen Südflawien und Albanien unvermeidlich sei.

Hilfsaktion für Rußland.

Um das Endergebnis der durch die im „Arbeiterauschuß des russischen Hilfsfonds“ vertretenen politischen Parteien, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen mit gemeinsamem Aufruf und Sammelaktionen durchgeführter Sammlungen feststellen zu können, erlucht der Ausschuß, diese Sammlungen beschleunigt durchzuführen und zu verrechnen. Bis zum 15. Oktober l. J. mögen alle gesammelten und noch nicht abgeführten Gelder an die „Allgemeine Genossenschaftsbank (Vseobscna družtebnj banka) Prag I., Kralovdorska ulice“ eingeleitet werden. Gleichzeitig mögen an den „Arbeiterauschuß des russischen Hilfsfonds Prag I., Rudolfsinum“ alle Sammelaktionen eingeleitet werden. Diese Leistungen berühren einstweilen noch nicht die durch die genossenschaftlichen Organisationen durchgeführten Sammlungen.

Arbeiterauschuß des russischen Hilfsfonds Prag, Rudolfsinum.
(Die Provinzpresse wird um Ausdruck dieser Nachricht erlucht.)

Der Kampf um die Arbeitslosenunterstützung.

Das Ministerium für soziale Fürsorge hat einen tschechischen Sozialdemokraten als Minister erhalten. Die erste Aufgabe des neuen Ministers wäre, dahin zu trachten, daß das Wirken dieses Ministeriums dessen Benennung entspräche. Sozial kann das Wirken dieses hohen Amtes nur in sehr beschränktem Maße genannt werden. Fiskalisch, buraukratisch ist der Geist, der aus den Amtshandlungen spricht, sehr oft den vitalsten Interessen der Arbeiterschaft widersprechend. Deutsche Bezirke haben im Jahre 1918 und 1919, um die erschreckliche Arbeitslosigkeit zu mildern, Notstandsarbeiten ausgeführt. Ausgeführt in dem Glauben und der Zuversicht, die gesetzlich vorgesehenen und garantierten Beiträge zur Baukostensumme zu erhalten. Die Mehrzahl der Bezirke, wenn nicht alle, wurden enttäuscht. Nur wenige haben Staatsbeiträge erhalten und die gezahlt wurden, waren so niedrig, daß bei den schwierigen finanziellen Verhältnissen der Gemeinden und Bezirke an eine weitere Fortführung der Notstandsarbeiten nicht gedacht werden konnte. Eine Anzahl von Bezirken hat überhaupt nichts erhalten. Alle Bemühungen zur Erreichung des Staatsbeitrages blieben erfolglos. Man erhielt wohl Versprechungen, aber keine Mittel. So haben die Bezirke Painspach und Zwidau Straßentarbeiten ausgeführt, die endgiltige Zuweisung des entsprechenden Staatsbeitrages konnte trotz wiederholter Interventionen aber nicht erreicht werden. Der Bezirk Krakau ist durch die Ausführung von solchen Notstandsarbeiten in eine besonders schwierige finanzielle Lage geraten. Auch hier blieben alle Interventionen und Bemühungen ergebnislos. Immer weitere und neue Belege und Beweise wurden von der Bezirksverwaltung Kratau abverlangt. Allen diesen Anforderungen wurde Rechnung getragen. Nun der finidige Referent im Ministerium scheinbar keinerlei Ausflüchte und Auswege mehr zu erkennen vermag, erklärte er, er könne den ermittelten Staatsbeitrag nicht befürwortend weiterleiten, da der Betrag zu hoch sei. Weil also der Bezirk sich durch Ausführung großer Notstandsarbeiten der Arbeitslosen besonders angenommen hat, erhält überhaupt keinen Staatsbeitrag. Nach den Bestimmungen des Gesetzes vom 10. Dezember 1918, Nr. 100 d. S. u. B., gebührt dem Bezirk Kratau der Anteil der durch die Ausführung der Notstandsarbeiten nicht verausgabten Arbeitslosenunterstützung. Trotz dieses Gesetzes erhält der Bezirk nichts.

Welch qualvollen Weg die Arbeiter durchmachen mußten, um auf Grund des vorher zitierten Gesetzes die Arbeitslosenunterstützung zu erhalten, ist bekannt. Was da das Ministerium für soziale Fürsorge an fiskalischer und buraukratischer List und Verschlagenheit leistete, um ja recht viele Arbeiter von der Erlangung der Arbeitslosenunterstützung auszuschalten, ist unbegrenzt. Ergänzt wurden diese, jeder sozialen Einsicht und wirtschaftlichen Tatsachen widersprechenden Methoden durch die schifanöse Behandlung der Arbeitslosen durch die Beamten einzelner politischer Bezirksverwaltungen. Die Arbeiterschaft erwartete nun, daß mit dem am 19. September l. J. in Kraft getretenen Gesetz eine etwas verständnisvollere und liberalere Interpretation der gesetzlichen Bestimmungen Platz greifen wird. Dies ist nicht der Fall. Die erste Interpretation des Gesetzes war von dem alten reaktionären Geist erfüllt. Nach § 3 des Gesetzes verliert den Anspruch auf die Arbeitslosenunterstützung, wer schon ununterbrochen durch die Zeit eines halben Jahres unterlützt wurde. Der Minister für soziale Fürsorge kann jedoch im Einvernehmen mit dem Finanzministerium diese Frist für die Arbeiter einzelner Berufe und Distrikte bis zu einem Jahr verlängern. Rechtlich kann diese Gesetzesbestimmung nur so ausgelegt werden, daß die Frist der sechsmonatlichen Bezugsberechtigung mit dem Tage des Inkrafttretens des Gesetzes, das ist der 19. September l. J., beginnt. Das Ministerium für soziale Fürsorge hat entgegen diesem rechtlichen Inhalt des Gesetzes entschieden. Alle diejenigen, welche nach dem alten Gesetz sechs Monate Arbeitslosenunterstützung bezogen, wurden am 19. September vom Weiterbezug der Unterstützung ausgeschaltet. Tausende Arbeiter werden von dieser harten und dem Geist des Gesetzes widersprechenden Maßnahme betroffen. Was dies für die Arbeitslosen jetzt knapp vor Eintritt des Winters bedeutet, scheint das Ministerium für soziale Fürsorge nicht zu verstehen und ermessen zu können. Angenommen aber, § 3 des Gesetzes wäre durch die vom Ministerium durchgeführte Maßnahme juristisch richtig ausgelegt, bleibt dieselbe noch vollständig unbegreiflich, wäre die Ausnützung jenes Rech-

tes, welches diese Gesetzesbestimmung ebenfalls dem Minister gibt, daß die angeführte Frist von ihm für einzelne Berufe und Distrikte bis zu einem Jahr verlängert werden kann, den wirtschaftlichen Verhältnissen, die das Ministerium für soziale Fürsorge bei seinen Maßnahmen nach dem bescheidensten Untertanenverständnis doch auch zu berücksichtigen hat, nicht vernünftiger, den Tatsachen entsprechender gewesen? Solchen Erwägungen scheint dieses Ministerium unzugänglich zu sein.

Aber noch eine weitere soziale Tat hat das Ministerium gesetzt. Nach § 18 des Gesetzes ist der Minister ermächtigt, die mit diesem Gesetz festgesetzten Unterstützungen nach Anhörung der beteiligten Fachorganisationen zu verringern, eventuell die Auszahlung einzustellen und zwar überhaupt, oder für einzelne Produktionszweige oder für einzelne Distrikte, wenn die Arbeitslosigkeit allgemein oder in diesem Zweige oder Distrikte in entsprechendem Maße gestiegen ist oder die Preise für Lebensmittel bedeutend gesunken sind. Das Ministerium für soziale Fürsorge hat nun, ohne daß eine dieser im Gesetze angeführten Voraussetzungen gegeben wäre, die Arbeiter des Baugewerbes und der Baustoffindustrie von der Unterstützung ausgeschaltet. Das Ministerium hat weder von den beteiligten Fachorganisationen ein Gutachten abverlangt, noch wird der Nachweis erbracht werden können, daß die Arbeitslosigkeit im allgemeinen oder für diese Berufsgruppe in entsprechendem Maße gestiegen sind. Oder begründet das Ministerium diese geradzuhaltewürdigen Maßnahmen vielleicht damit, daß die Preise für Lebensmittel bedeutend gesunken sind? Kann man den Arbeitern noch zumuten, Glaube an Recht und Gesetz zu haben, wenn das Ministerium für soziale Fürsorge so zwingende Gründe auferacht läßt, sich ganz offen und skrupellos über die gesetzlichen Bestimmungen hinwegsetzt? Was sollen die arbeitslosen Bau-, Stein-, Kalk- und Ziegelarbeiter tun? Die Arbeiterschaft erwartet, daß der neue Minister über diese Frage nachdenkt und dann und dies sofort, unverzüglich Maßnahmen trifft, die dem Namen seines Ministeriums entsprechen.

Tages-Neuigkeiten.

Ein Wort an die jungen Soldaten. Wiederum hat ein neuer Jahrgang zum ersten Male den Kasernhof betreten. Blutjunge Männer, die noch Kinder waren, als das furchtbare Erlebnis des Weltkrieges anhub, haben nun, der Not gehorchend, das bunte Tuch anlegen müssen — heute stehen sie bereits in dem schweren Dienste, der unerbittlich ist und der goldenen Freiheit ein Ende setzt, die das erste Vorrecht unserer Jugend ist. Es kann nicht anders sein, als daß in dem ungewohnten Zwang viele der jungen Rekruten ihren frischen, lebendigen Mut sinken lassen, der sie noch vor kurzem auszeichnete; es ist nicht anders zu erwarten, als daß gar mancher, der nun mit einem Schläge jeder Freiheit beraubt ist, das alte Leben beendet und ein neues angebrochen sieht, das seinen inneren Menschen von Grund auf umgestalten muß. In dieser Stunde möchten wir an die jungen Soldaten, die Elternhaus und Kameraden, Werkstätte oder Kasse über den Pfug verlassen haben, ein Wort eindringlicher Mahnung richten, das ihre Kraft stärkt, ihren Mut neu beleben soll. Es ist kein neues Leben, in das man Euch hineingestellt hat. Wenn es auch rings um Euch jetzt ein wenig anders worden ist, wenn Ihr auch durch das neue Kleid, das Ihr nun tragt, Euch äußerlich ein wenig von den übrigen Brüdern Eurer Klasse unterscheidet — Ihr bleibt auch jetzt die Unseren, so wie wir über alle Grenzen hinweg, die die bürgerliche Gesellschaft zwischen uns und Euch aufgerichtet hat, die Euren bleiben. Das Bewußtsein, daß Ihr, unsere Brüder im Waffenrock, trotzdem zu uns gehörig bleibt, daß wir mit Euch fühlen und denken, daß wir Eure Leiden miterleben und, so wir können, auch Euch zu tragen erleichtern wollen, möge Euch stärken, während all der Monate und Jahre, die Ihr von uns gerissen seid. Wenn es aber unsere Aufgabe ist, Euch nun und immer mit Rat und Tat zur Seite zu stehen, so habet Ihr die schwere, aber erhabene proletarische Pflicht, mit der ganzen Kraft Eurer Herzen und Hirne den Gedanken des Sozialismus, das Massenbewußtsein und die brüderliche Solidarität in Euch lebendig zu erhalten und mit der Idee, die Euch schon in Euren frühesten Jahren erfüllte, auch Eure Kameraden, mit denen Ihr jetzt Wache und Schlafstätte teilet, zu erfüllen. Verbrüderet Euch mit den jungen Proletariern, die nun gleich Euch die schwere Fessel des Militarismus tragen, tauscht Eure Gedanken mit ihnen, stärket einander Euren revolutionären Willen und machet Euch vor allem, da Ihr

jetzt nicht Schulter an Schulter mit uns im offenen Kampfe gegen Kapitalismus und Militarismus stehen könnt, geistig kampffähig für die großen proletarischen Schlachten der Zukunft, die Ihr mit uns schlagen sollt. Lernet und Leset! Geht in die Bibliotheken der Soldatenheime und suchet Euch das Beste vom Besten, damit Ihr, Eurer körperlichen Freiheit beraubt, das Leben des Geistes als freie Menschen geniehet. Halbet Verbindung mit Eurer Klasse, nehmet Anteil an ihren wirtschaftlichen und politischen Kämpfen, lesed die sozialistische Presse, die einen schweren, opferreichen, unermüdbaren Kampf gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung, dessen Opfer auch Ihr seid. Vergesst schließlich auch nicht, daß auch die Griffe des traurigen Handwerks, das Ihr nun lernen müht, einstmals Euch und Eurer Klasse zu Nutzen kommen werden. Lebt Eure Hände und Eure Augen im Gebrauch der Waffen, damit Ihr gute Soldaten werdet, Soldaten im Endkampf der revolutionären sozialistischen Proletariats gegen den Erbfeind Kapitalismus.

Die Herren von Reuttschein. Wie wir bereits berichteten, haben die Firmen Böhm, Rottler und die „Germ“-Autowerke ihre Arbeiter ausgesperrt. Nun hat die Firma Böhm den Arbeitern ein Ultimatum gestellt, die Arbeit wieder aufzunehmen und sich mit der Entlassung einer Reihe von Vertrauensmännern einverstanden zu erklären. In einer darauf abgehaltenen Betriebsversammlung wurde die Sachlage der Arbeiterschaft vorgetragen, ihr von den Vermittlungsversuchen bei der politischen Behörde berichtet und ihr anheim gestellt, frei und unbeflücht darüber zu entscheiden, ob sie die Vertrauensmänner preisgeben, oder den Kampf wagen wollen. Mit überwiegender Mehrheit sprach sich die Arbeiterschaft für den Streik aus. Das ist die Frucht der Gewaltpolitik der Herrn Hüdel, die die Arbeiter wie Sklaven behandeln möchten. Die Herren Hüdel werden in ihrem Unternehmerrhochmut nachgerade zu einer Gefahr für die Ruhe und Ordnung Reuttscheins und für den Frieden in den Betrieben. Es wäre Zeit, daß diesen Herren von Seiten der Behörden dieses Treiben eingestellt wird. Von dem Streik und der Aussperrung sind gegen 1000 Arbeiter betroffen. Unsere Vertrauensmänner haben gegen die Verwendung der Gendarmerie — es sind etwa 150 Mann in Reuttschein zusammengezogen — bei der Bezirksverwaltung Protest eingelegt. In dem uns zugegangenen Berichte heißt es: „Reuttschein sieht wie eine belagerte Festung aus“.

Postförderung und Postfil. Das „Rude Pravo“ beklagt sich darüber, daß ihm die Berliner „Rote Fahne“, das Zentralorgan der kommunistischen Partei Deutschlands, seit drei Tagen nicht mehr zugestellt werde. Es erhalte vielmehr bloß den mit dem amtlichen Bemerkung „unzulässig — non admis“ versehenen leeren Umschlag mit der Post zugestellt. Das Blatt erklärt, das seinen Informationen zufolge diese Maßregel auf das persönliche Einschreiten des Postministers Erba zurückzuführen sei. Dieser habe gleich am Tage nach seinem Dienstantritt sich das Verzeichnis aller Zeitschriften vorlegen lassen, welche dem „Rude Pravo“ mit der Post zugehen. Nachdem ihm das Verzeichnis überreicht worden war, fragte der Minister, wie es möglich sei, daß das „Rude Pravo“ die „Rote Fahne“ zugestellt erhalte, der doch in der Tschechoslowakei das Postdebit entzogen worden sei. Diese private Bemerkung des Ministers genügt, daß dem „Rude Pravo“ die Berliner „Rote Fahne“ nicht weiter zugestellt wurde. Dabei passiert dem Postminister Erba aber das Malheur, daß er die Wiener „Rote Fahne“ mit der Berliner verwechselte, da nur der ersteren das Beförderungsrecht mit der tschechoslowakischen Post entzogen wurde, keineswegs aber dem Berliner kommunistischen Blatt. — Die Sache klingt so unglaubwürdig, daß man abwarten muß, was Erba dazu zu sagen hat.

Das Antreiber-System in Oppau. Unmittelbar nach der Katastrophe in Oppau, die mehreren Hundert Arbeitern das Leben kostete und bei der weitere Hundert verletzt wurden, ließ die Direktion der Badischen Anilin- und Soda-Fabrik erklären, daß die Ursachen der Explosion unaussprechbar seien und daß Ammoniumsulfatpeter Explosivkraft nicht gezeigt habe. Ähnlich drückte sich der Reichsarbeitsminister Brauns bei der Besprechung der Interpellation über die Oppauer Katastrophe im Reichstag aus. Daß die Angaben der Direktion der Badischen Anilin- und Soda-Fabrik mit Vorsicht aufzunehmen sind, ja, daß sie mit den Tatsachen in Widerspruch stehen, wurde schon in der Reichstagsitzung durch den rechtssozialistischen Abgeordneten Brey und Genossen Schwarz (U. S. P.) hervorgehoben. Mittlerweile sind weitere Einzelheiten bekannt geworden, die die Erklärungen der Direktion erst recht als falsch erscheinen lassen. So veröffentlicht der Berliner „Vorwärts“ einen Bericht, der ihm aus Ludwigshafen a. Rhein zufließt, und in welchem es unter anderem heißt: „Nach Ansicht der Arbeiterschaft des Werkes ist die Mischsalzapparatur in Oppau nicht richtig gehandhabt worden. Auch betrachtet man den neuen Transportweg des Fertigfabrikates mit Mißtrauen. Früher wurde das Ammoniumsulfat mittels Laufriemen und Schneedengang in der Höhe transportiert, und zwar auf diesem Wege des Transportes gut erfalct, bis es zum Silo kam. Aber diese Art des Transportes wird

Gedenket des Fonds für euer Zentralorgan!

der Direktion zu teuer, weil sie zur Bedienung des Laufbandes zwei Mann gebrauchte. VIELLEICHT ging es ihr auch zu langsam. Deshalb ging man dazu über, sogenannte Spritzköpfe in den Silo einzubauen, und es wurde von da an der Ammoniumsulfatpeter in einer Temperatur von 65 Grad durch Preßluft in den Silo hineingespritzt, so daß er wie Schnee in den Silo einfiel. Dadurch entstand eine gewaltige Verstaubung, so daß der Silo ausfah wie eine Gletscherlandschaft. Dieser Staub war sehr explosiv, was sich durch Zufall dadurch erwies: Als ein Arbeiter einmal in Unachtsamkeit einen noch glühenden Zigarettenstummel fortwarf, entstand sofort in ähnlicher Weise wie beim Schießpulver eine Explosion und es kam eine hohe Stichflamme zum Vorschein, die in Ost von den Arbeitern gelöscht wurde. Durch das von der Werkleitung eingeführte Afford- und Prämiensystem wurde nach Ansicht der Arbeiter die Mischung des Ammoniumhydrats mit Salspeter nicht mehr so exakt und vorzüglich ausgeführt wie früher. Es kam ja bei diesem Afford- und Prämiensystem ganz und gar darauf an, eine möglichst hohe Fabrikationsleistung zu erzielen. Es wird behauptet, daß sich die Betriebsleitung sogar verleitete, daß in der Kriegszeit zu Explosivstoffen verwendete Ammoniumhydrat ohne Vermischung mit anderen Dichtungssubstanzen in den Silo einzuspritzen. Es ist bekannt, daß in der Nacht vor der entscheidenden Explosion die im Silo beschäftigten Arbeiter die Wahrnehmung machten, daß sich im Silo Gase angesammelt hatten, die wie Rebel im Raume lagerten, und die Arbeiter in ihren Atmungsorganen so belästigte, daß etliche krank und unwohl wurden und glaubten nicht weiterarbeiten zu können und die Schicht unterbrechen wollten. Der Vorarbeiter empfand selber in hohem Maße diese Belästigung, aber treu seiner Arbeit empfahl er den unwohl werdenden Arbeitern, zuweilen in die Luft zu gehen, um dann wieder frisch weiterarbeiten zu können. Ueberhaupt scheint die Rivalität unter den Vorarbeitern eine große und nicht ungefährliche Rolle gespielt zu haben. — Um also möglichst hohe Profite zu erzielen und um den Aktionären, die ja keinerlei Gefahren bei der Herstellung des künstlichen Düngemittels ausgeht sind, möglichst hohe Dividenden zuzuführen, wurde in der leichtfertigen Weise mit Menschenleben gespielt. Und nicht genug damit: niemand bürgt dafür, daß sich ähnliche Katastrophen in Oppau und auch in den Leunawerken wiederholen, wo bekanntlich ebenfalls künstliche Düngemittel hergestellt werden. Zwar hat die Leitung der Leunawerke dieser Tage einer Anzahl Pressevertretern, die zur Besichtigung der Werke eingeladen waren, erklärt, alles sei in bester Ordnung und Besorgnisse für eine Katastrophe wie in Oppau beständen nicht, aber, wann und wo hätten Unternehmer je eine andere Ansicht geäußert?

Deutsche Lehrer für tschechische Arbeiterkinder. Vom Dekanat der tschechischen Technischen Hochschule für Maschinenbau und Elektrotechnik wird mitgeteilt, daß die Absolventen des Maschinenbauhauses dieser Hochschule, eventuell auch ohne zweite Staatsprüfung, die sich aeronautisch auf einem aeronautischen Institut in Deutschland ausbilden und in den Flugdienst der tschechossowjetischen Armee eintreten möchten, sich beim Dekanate dieser Hochschule bis spätestens 15. Oktober 1921 zu melden haben.

Unbekannte Pferdediebe brachen in der Nacht auf den 30. September 1921 in den Stall des Rudolf Jungwirth in Gablonz im Böhmerwald ein und stahlen vier Pferde mit doppeltem Geschirr im Werte von 6000 Kronen. Sie wickelten die Füße der Pferde mit Hadern und führten sie ohne Geräusch hinaus. Im Nachbarhause stahlen sie einen Leiterwagen, spannten die Pferde davor ein und fuhren davon. Die Gendarmerie fand am nächsten Tage die Pferde mit dem Wagen bei Jarolim unweit Brloh im Böhmerwald. Die Täter sind entflohen, aber die Gendarmerie ist ihnen auf der Spur.

Unfall eines Kutschers. Durch die Pilsenerstraße in Smichow fuhr gestern Vormittag der 44jährige Kutscher Josef Bohnanek mit einem mit Heinen beladenen Wagen. Auf dem Kleinfelder Friedhof fiel er vom Bod herab und kam unter den Wagen zu liegen, die Räder überfahren ihn und es wurde ihm das rechte Bein im Knie gebrochen. Er wurde mit der Rettungstation in das allgemeine Krankenhaus überführt.

Kleine Chronik.

Wetterkatastrophe in Petersburg. Seltener, 7. Oktober. Anhaltender Sturm hat in Petersburg große Verheerungen verursacht. Das Wasser ist 8 1/2 Fuß über das Mittelmaß gestiegen. Ganze Stadtteile stehen unter Wasser. Zahlreiche Häuser sind zusammengefallen. Auch Verluste an Menschenleben sind zu verzeichnen.

Eine radiotelegraphische Station in Neapel. Rom, 7. Oktober. (Radio.) In Neapel wurde mit dem Bau einer riesigen radiotelegraphischen Station begonnen. Es wird dies die erste Station dieser Art auf dem Festlande sein. Senator Marconi erklärte, daß es mit Hilfe einer neuen automatischen Schreibmaschine möglich sein werde, in der Minute sechzig Worte zu telegraphieren. Die letzten radiotelegraphischen Apparate werden die Stimme auf eine Entfernung von 4000 Kilometern ausstrahlen.

Eine neue Erfindung Marconis. Rom, 7. Oktober. (Frank.) Von einer Verlesung zurückgekehrt, erklärte Marconi, daß es ihm gelungen sei, auf eine Entfernung von 4000 Kilometern telephonische Gespräche auf drahtlosem Wege zu führen.

Ein Opfer des Kinoschwunds. London, 8. Oktober. (Laurenzberg.) Die bekannte Kinoschauspielerin Young verlegte sich tödlich in New-York, als sie aus einem rasch fahrenden Automobil aus einem Seil zu einem Aeroplane kletterte. — Der Tod der Kinoschauspielerin ist weit über das Maß selbstverständlicher menschlicher Mitleids hinaus zu bedauern. Sie wurde ein Opfer des Kinoschwunds, denn man kann sich vorstellen, um was für einen Sensationsfilm es sich gehandelt haben mag, wenn darin eine Frau „aus einem rasch fahrenden Automobil auf einem Seil zu einem Aeroplane kletterte“ mußte.

Im Auto durch die Sahara. Für den kommenden Winter wird von einem Franzosen eine interessante Unternehmung geplant. Der Sportsmann M. Simsin will die Sahara von Algier aus mit Automobilen durchqueren, und er glaubt die beiläufig 3000 Kilometer lange Strecke bis Timbuktu am Niger in etwa vierzehn Tagen zurücklegen zu können. Nach der französischen Zeitschrift „Auto“ soll die Expedition mit zwölf Automobilen eines verhältnismäßig leichten Typus von 10 Pferdestärken ausgeführt werden. Jedes wird ein Reservoir für 200 Liter Benzin erhalten. In der Fahrt werden außer den Fahrern und Mechanikern zwölf geladene Gäste teilnehmen, darunter Vertreter der besonders daran interessierten Ministerien des Krieges, der Kolonien und des Unterrichts; weiter werden mitfahren: ein Romanschriftsteller, ein Journalist und selbstverständlich ein Kinooperator. Jeder Wagen wird für alle Fälle mit einem Maschinengewehr ausgerüstet sein und im übrigen die nötigen Wassermengen und genügend Proviant für die Teilnehmer mitführen. Die Reise soll in Touggourt, einem vorgeschobenen französischen Militärposten im Hinterland von Algerien, beginnen und über das bis zu 200 Meter sich erhebende Hoggar-Gebirgsmassiv und das Tamezroust nach Timbuktu führen. Die Leitung des Unternehmens wird voraussichtlich dem Obersten Lafargue übertragen werden, einem mit den Geheimnissen und Gefahren der Wüste von verschiedenen militärischen Expeditionen her besonders vertrauten höheren französischen Offizier.

Eisenbahnunglück in Thüringen. Auf der Strecke Reinefeld-Gotha, in der Nähe der Station Busleben, hat sich durch Abreißen an acht Wagen eines Güterzuges ein schweres Unglück zugezogen. Die Wagen rollten auf etwas abschüssiger Strecke etwas zurück und stießen dann mit einem nachfolgenden Güterzug zusammen. Hierbei wurden dreizehn Wagen und eine Maschine zertrümmert. Der Anprall ließ auch einen Benzintankwagen explodieren, wobei ein Bremser den Tod durch Verbrennung erlitt. Außer diesem Toten sind noch mehrere Eisenbahnbeamte als schwer verletzt zu beklagen.

Wiener Kinokrise. Der Bund der österreichischen Lichtspieltheater nahm Freitag in einer Versammlung entschiedene Stellung gegen die vom Bund der Kinosindustriellen beschlossene 150prozentige Erhöhung der Filmleihpreise und gegen die großen Lustbarkeitsabgaben. Die Versammlung faßte einstimmig den Beschluß, die Kinobetriebe mit 14. Oktober zu schließen und als unabwendbare Folge der Schließung der Kinos müsse auch wider den Willen der Kinosbesitzer die Kündigung des Kinopersonals erfolgen.

Das staatliche Alkoholverbot in Nordamerika.

Hätten wir uns nicht im Laufe der Jahre das Wunder abgewöhnt, man müßte erstaunt sein über das Maß von Gleichgültigkeit, Unverständnis und Frivolität, mit denen die Nachricht von der gesetzlich festgelegten Befreiung einer Hundertmillionenation aus den Banden des gefährlichsten sozialen Giftes in Europa, aufgenommen worden ist. Die bürgerliche Tagespresse überdieset sich in albernen, zynischen, auf die Unwissenheit und Leichtgläubigkeit der Leser spekulierenden Anekdoten, Schauermärchen, Lügenberichten; sie stellt die bewundernswürdige Tat eines wahrhaft demokratischen, starken und selbstbewußten Volkes als eine Ausgeburt fanatischer Narren dar, faßelt von Mißerfolg, der bald wieder verschwinden werde usw. Es ist klar erwiesen, daß alle diese Mägdchen aus den Korrespondenzbüreaus des Alkoholkapitals herrühren, das für seinen Profit zittert, und mit sehr berechtigter Angst fürchtet, Europa werde das überweltigende Beispiel der Union nachahmen, wenn es nur einmal zur Einsicht gekommen sein wird, daß Amerika durch die Ausrottung des Alkohols einer so ungeheuren Vorsprung auf wirtschaftlichem, kulturellem und sozialen Gebiete gewonnen hat, daß es im Wettbewerb siegen muß, wenn Europa nicht bald nachfolgt.

Das Staatsverbot ist den Amerikanern nicht als Geschenk des Himmels in den Schoß gefallen, wie manche unwissende Europäer zu glauben scheinen, die durch den Beschluß des Washingtoner Abgeordnetenhauses vom 17. Dezember 1917 überrascht worden sind. Es hat ein volles Jahrhundert angestrengter und zielbewußter Arbeit gekostet, bis es so weit gekommen ist. Schon 1826 vertrat der berühmte Prediger Lyman Beecher das Staatsverbot, in den Dreißigerjahren wurde es in Massachusetts verlangt, in mehreren Staaten wurde vor 1850 ein lebhafter Kampf um das Verbot geführt. Schon 1851 führte Maine, das der junge Diktator Neal Dow wirkte, das Verbot ein, das freilich nach ein paar Jahren wieder aufgehoben wurde, aber seit 1859 ununterbrochen in Kraft ist. Durch den Sezessionskrieg wurde der Kampf unterbrochen, er flammte aber im Beginn dieses Jahrhunderts wieder mit aller Macht auf. Mit gewaltigen Mitteln wurde gekämpft. Vor allem war es die Anti-Saloon League, in der sich alle kirchlichen Vereinigungen zusammenschlossen hatten, deren Jahresbudget 1 Million Dollars überschritt. Die sich die Einföhrung zunächst des Gemeindebestim-

mungsrates, dann der Staatsprohibition zum Ziele gesetzt hatte. Neben ihr gehörte dem Nationalen christlichen Bunde abstinenten Frauen das Hauptverdienst. Und so wurde ein Staat nach dem anderen „trocken“; 1907, 08, 09, 12, 14, 15, 16, 17 und 18 bekannten sich nach und nach achtundzwanzig Staaten zum Verbot.

Im Kriege erhielten die Alkoholfreunde eine neue Waffe. Die Bierbrauer waren größtenteils Deutsche, der Bierkultus wurde zumeist von den Deutschen betrieben. Der Kampf gegen das Bier gewann dadurch einen patriotischen Anstrich, er richtete sich gegen Landesfeinde; das trug dazu bei, das Volk dafür zu gewinnen.

Das Verbot der einzelnen Staaten litt darunter, daß die Verfassung eine Beschränkung der Einfuhr aus anderen Staaten der Union verbietet; es konnten daher alkoholische Getränke aus den „nassen“ in die „trockenen“ Staaten gebracht werden, ohne daß die Regierungen oder Parlamente dieser etwas dagegen tun konnten. Dies wurde durch das sogenannte Webb-Kenyon-Gesetz unmöglich gemacht; das einem „trockenen“ Staate das Recht gab, die Einfuhr alkoholischer Getränke zu verbieten. Es trat 1913 in Kraft und sofort nahmen einige Staaten Gesetze an, welche die Einfuhr alkoholischer Getränke verboten; es waren das die sogenannten „bone-dry-laws“ (Knochen-trockengesetze).

Im Kriege wurden natürlich auch in den Vereinigten Staaten Maßregeln zur Aufrechterhaltung der Volksernährung getroffen; und man entschloß sich drüben rasch zu jenem Schritte, den die rüchständigen Regierungen der hungernden Mittelstaaten in Europa nicht gehen wollten, nämlich zum Verbot, aus Nahrungsmitteln alkoholische Getränke zu erzeugen. Dieses Verbot trat am 1. Mai 1919 in Kraft; es war die Einleitung zum bleibenden Staatsverbot. Dazu gehört, da es sich ja um eine Verfassungsänderung handelt, die Zweidrittelmehrheit in beiden Kammern. Außerdem muß aber ein solcher Verfassungszusatz auch noch binnen einer vorgeschriebenen Zeit von mindestens drei Vierteln aller Staaten, gegenwärtig also von 36 ratifiziert werden; das geschah schon bis zum 16. Jänner 1919, daher war der Verfassungszusatz mit diesem Tage Gesetz geworden und trat nach der Verfassung am 16. Jänner in Kraft.

Diese Entstehungsgeschichte zeigt schon, daß es sich da nicht um einen blüß, um eine Verirrung des Augenblicks handelt, die sehr bald wieder rückgängig gemacht oder doch abgeschwächt werden wird, wie uns die Taktarennachrichten, mit denen wir gefüttert werden, glauben machen möchten. Was die Volkvertretung eines großen, freien Volkes nach so langer Vorbereitung mit Zweidrittelmehrheit beschließt, nachdem sie vorher die Erfahrungen in der Hälfte des Staates, wo das Verbot schon lange bestanden hatte, geprüft hat, ist bleibend und nicht mehr rückgängig zu machen. Mühte doch jede Aenderung wieder mit Zweidrittelmehrheit von beiden Kammern beschlossen und von mindestens 36 Staaten ratifiziert werden! Daran ist gar nicht zu denken.

Tatsächlich denkt drüben auch kein Mensch daran. Am 16. Internationalen Kongress gegen den Alkoholismus, der vom 22.—27. August in Lausanne stattfand, wurde von vielen Amerikanern über das Verbot und seine bisherigen Wirkungen berichtet. Niemand stellte in Abrede, daß Uebertretungen vorkommen, daß es Unterschleife, Schmuggel, Geheimbrennereien u. dal. gibt; aber alle diese Dinge kommen hauptsächlich in den Bestfädten, besonders in Newyork vor, wo Uebervwachung besonders schwierig ist und sich die dunkelsten Elemente, darunter sehr viele Einwanderer, die erst seit kurzem Europas alkohol-gesegnete Gefilde verlassen haben, zusammen-drängen, die sich nur schwer an den neuen Zustand gewöhnen können. Aber einstimmig wurde bestätigt, daß die segensreichen Wirkungen sich heute schon fühlbar machen, daß Verbrechen und Straftaten, vor allem natürlich Trunkenheitsgeisse, Raufereien, Totschläge wesentlich abgenommen haben, daß die Belastung der Gemeinden durch Armenunterstützungen sich vermindert, der Gesundheitszustand sich bessert, die Leistungsfähigkeit zunimmt. Diese Berichte beruhen auf amtlichen Grundlagen, Aerzte, Geistliche, Polizeidirektoren, Richter und Gefangenhausleiter, Unternehmer und Arbeiterführer sagten alle in gleichem Sinne aus.

Fragt man, ob an Rücknahme des Gesetzes gedacht werde, so wird man ausgelacht. Die Mängel und Gebrechen müssen ausgegert, die Uebertretung durch Verschärfung der Verbordnungen verhindert werden; das sind die Sorgen, die man drüben hat. „Der Alkohol ist noch nicht tot, aber er liegt im Sterben“, das sind die Worte eines hervorragenden Führers der Prohibitionsbewegung. Es mag gewiß mancher Amerikaner den gewohnten „auten Tropfen“ vermissen und gerne die Gelegenheit ergreifen, dem Gesetz ein Schnipchen zu schlagen oder sich in Europa schadlos zu halten; aber es gibt keinen, wenigstens keinen vernünftigen und unboreingenommenen, keinen, der stolz ist auf die Union und ihren Aufschwung wünscht, der nicht beareift, daß Amerika durch diese Tat der europäischen Kulturwelt um ein so großes Stück vorausgeeilt ist, daß hiesig schwer zu kämpfen haben wird, um den Vorsprung wieder einzuholen.

Und das Alkoholverbot, die Brauereien die Schenken? Mit der ganzen Laistraf und Entschlossenheit des Amerikaners hat sich alles „umgestellt“ und verdient nach wie vor, macht Dollars heute so wie vorher. Der Schlag kam ja nicht überraschend, man konnte sich vorbereiten. Und so werden heute in den früheren Bierfabriken Motorräder, Zünder, Schuhe, Papierhachteln, Dele, Malztrrup erzeugt; die Weintrauben in Kalifornien haben heute einen höheren Preis als in früheren Jahren. In den Saons werden Speisen, Tee, Eis und andere Erfrischungen gereicht. Die Geschäfte in den Hotels und Restaurants blühen; das Geld, das früher auf Alkohol vergeudet wurde, fließt jetzt in andere Kanäle. Die Widerstände, die es noch gibt, werden von Tag zu Tag geringer, die Alkoholfreiheit dieser hundert Millionen moderner Kulturmenschen ist ein bleibender Zustand; was das für die Nation bedeutet, wird sich erst in der nächsten und zweinächsten Generation, die von alkoholfreier Eltern stammt ohne Alkohol erzeugt wird und lebt, so ganz zeigen.

Und Europa? Allen Machinationen des Alkoholkapitals zum Trost beginnt auch hier der Siegeszug des Verbotes. Schon sind Island und Finnland trocken. Norwegen hat ein Gesetz angenommen, das wenigstens die alkoholischen Getränke mit mehr als 14 Prozent Alkoholgehalt ausschließt; dasselbe hat Belgien getan. In Schweden wird ein harter Kampf zwischen den Freunden des Alkohols, die sich das heute schon in Verzug geratene Brattsystem zurückgezogen haben, und den Kämpfern für das Verbot geführt. Der neue politische Kurs, der jetzt eingeschlagen werden wird, dürfte wohl die Stellung der letzteren stärken, da die Sozialdemokratie für das Verbot ist. In den slavischen Ländern, besonders in Rußland, aber auch in Polen und Südslawien ertönt immer lauter der Ruf nach dem Staatsverbot. Das Gemeindebestimmungsrecht, der Vorläufer des Staatsverbotes, ist in Schottland eingeführt, wird bald in Dänemark Gesetz werden und findet in allen Ländern steigende Anerkennung.

Ueber diese Bewegung kommt man mit schlechten Wiken und höhnischen Anempfehlungen nicht mehr hinweg. Jedes Volk muß Stellung dazu nehmen, ernst und gewissenhaft die Frage beantworten, ob es teilnehmen will an einem der größten Kultur Siege der Menschheit oder nicht. Denn es könnte leicht sein, daß sein Schicksal weit mehr von der Antwort, die es auf diese Frage findet, als von Siegen oder Niederlagen auf dem Schlachtfelde abhängen wird.

Dr. Solitscher.

Berfolgte.

Im grauen Mittelalter hat, von Indien kommend, ein Volk die Wanderung nach Europa angetreten, das feinesgleichen unter den Völkern dieser Erde nicht hat. Von Europa ergossen sich die nimmermüden Wanderer über alle anderen Kontinente, in allen Ländern mischten sie sich mit den übrigen Völkern, überall nahmen sie fremde Sprachenbestandteile in die eigene Sprache auf, und doch haben sie sich, wohin sie auch kamen, in ihrem Wesen erhalten, der Bau ihrer Sprache ist in allen ihren Mundarten heute noch der gleiche geblieben wie vor mehr als tausend Jahren. Es sind mittelgroße, schlauke, schöne Menschen; die Muskulatur ihrer Schultern, der Arme und Beine, die braungelbe Farbe ihrer Haut, das blühende dunkle Auge, die hohe Stirn, die dunklen Haare und die blendendweißen Zähne, ihre lumpige und doch prunkende Kleidung lassen sie überall als Angehörige des Wandervolkes erkennen, die man gewohnt ist, als eine Art Menschen niedriger Gattung zu betrachten. Sie sind ja nur Zigeuner.

Heute noch so wie in den früheren Jahrhunderten ziehen diese rätselhaften Gruppen von Land zu Land, von Dorf zu Dorf, nirgend und überall zu Hause, sind sie gezwungen, ihren Unterhalt zu fristen, wie sich's eben bietet. Wohl sind sie im Handwerk tüchtig, wohl haben sie wertvollere künstlerische Anlagen; sie spielen die Geige, wie es ihnen leinere nachmacht und ihre Mädchen tanzen, wie es nirgendwo sonst zu sehen. Aber von Kunst und Handwerk können sie ihr Leben nicht fristen — sie müssen zum Betteln greifen und scheuen auch vor dem Stehlen nicht zurück, da man sie einmal außerhalb der „Ordnung“ gestellt hat. Das eben ist es: eine Ordnung, die nur strafen, nicht aber erziehen, nur zerstören, nicht aber aufbauen kann, wirft sich zur Richter in über ein Volk auf, dem sie Leherin und Führerin sein sollte. Wie die bürgerliche Welt und ihre Wissenschaft über die Zigeuner denkt, das geht aus einem einzigen Satz hervor, den wir Meiners Konversationslexikon entnehmen: „Die Zigeuner fanden anfangs wohl überall eine gute Aufnahme, wurden aber insolge ihrer Betrügereien und Diebstähle bald auf das grausamste verfolgt, ohne daß man jedoch das unheimliche Volk auszurotten vermochte.“ Das Wörtchen „wohl“ im Hauptatz beweist, daß auch der Verfaß-

fer dieses Teiles des Serikons an die „gute Aufnahme“ nicht sehr fest glaubt. In Wahrheit dürfte man erst die tanzenden und geigenden, witzsagenden und so seltsam lebendigen Zigeuner ganz gerne als etwas Nichtalltägliches gesehen haben. Da sie aber in ihrem Willen zum Leben die anderen ein wenig störten, hat man sie immer und immer wieder grausam verfolgt und versucht, sie auszurotten. Wie wilde Tiere, lästige Insekten behandelt die bürgerliche Welt ein Volk, das durch die Jahrhunderte seine Lebenskraft bewiesen hat. Anstatt sie zu erziehen, aus ihnen vollwertige Kulturmenschen zu machen, behandelt man sie, die so viele wertvolle Anlagen zeigen, als einen Abfall der Menschheit.

Es ist kein Zufall, daß wir uns gerade heute mit den Zigeunern befassen, die der Spießer zwar gerne für ein paar lumpige Banknoten musizieren läßt, die er aber sonst wie Ratten und Wanzen behandeln möchte. Die tschechoslowakische Regierung hat sich dieser Tage zu einer „gesetzgeberischen Aktion“ gegen die Zigeuner „Blage“ entschlossen und diese Aktion mit einer langatmigen Verordnung begonnen, die uns im Druck vorliegt. Wir bezweifeln ja gar nicht, daß die Landbevölkerung Beschwerden gegen die Zigeunerbanden vorzubringen hat und auch immer wieder vorbringt, „die im Lande herumziehen und mit Viechern, ja noch mehr, mit Diebstählen ihr Leben erhalten.“ Wenn man aber die vierzehn Paragraphen liest, die die Regierung der Bekämpfung der Zigeuner widmet, hat man den Eindruck, als ob es sich hier um die größten Schädiger der Menschheit handelte. Ueberall sollen sie über die Grenzen geschickt, nirgends dürfen sie, die „lästigen Fremden“ in einer inländischen Gemeinde das Heimatsrecht erwerben, und wenn ihre Absaffung unmöglich ist, sollen sie dem Gerichte als Landstreicher zur Abstrafung übergeben werden, ohne Unterschied, ob sie Einheimische oder Ausländer sind, ob sie Ausweisdokumente besitzen oder nicht. Eine strafbare Handlung muß gar nicht vorliegen — daß sie Zigeuner sind, genügt. Unwillkürlich fällt einem Lesung ein: „Der Jude muß verbrannt werden.“ Man müßte die ganze Verordnung abdrucken, wollte man die ganze Rücksichtslosigkeit, den bornierten Klassenstandpunkt solcher Gesetzgebung aufzeigen. Zwei Zitate mögen eine Vorstellung von diesem Kulturdokumente geben. Im § 4 heißt es zum Schluß:

Die zu einer derlei Abstrafung sich nicht eignenden Unmündigen sind der Gemeinde, wo die Zigeuner aufgegriffen werden, zur einstweiligen Verbringung zu übergeben.

Wie schade doch, wenn sich ein paar unmündige Zigeuner zur Abstrafung nicht eignen sollten!

Der letzte Satz des § 11 lautet: „Auch solchen Zigeunern, welche für ihre Person einen ordentlichen Erwerb nachweisen, ist das Reisepoket nur für sie selbst, nicht aber zugleich für weitere Familienangehörige auszusertigen.“

Die Verordnung läßt also jedes soziale, jedes Menschlichkeitsempfinden vermischen. Ueberall ist nur von der Zigeunerplage, von der Zigeunerverfolgung die Rede. Nicht als ob man es mit Menschen zu tun hätte, die hier und da, aus Not, und weil man sie zu

nichts anderem jemals ernstlich heranzog, „so gar“ zum Diebstahl greifen, sondern als ob man es mit Tieren zu tun hätte, die eben, wie Meyer so schön sagt, ausgerottet werden müssen. Doch auch der Zigeuner, der sich durch Jahrhunderte hindurch sein Wesen wahrte, wird einmal von der Menschheit selber seine volle Würde als Mensch zurückerhalten. Die Stunde der Befreiung von den Fesseln einer Gesellschaft, die nur den Eigentumsgeboten kennt, wird dereinst auch für den Zigeuner schlagen, dessen ganzes Leben eine Vorahnung wirklicher Freiheit bedeutet.

Bodenreform und Großstadt.

Genosse Prof. Dr. R. W. Raudnik schreibt uns: Als sozialdemokratische Gemeindevertreter von Prag betrachten wir die Agrarfrage aus dem Gesichtswinkel des Städters. Wir haben einen Plan entworfen, in welcher Weise die Stadt Prag die bereits erworbenen und die noch zu erwerbenden Großgrundbesitze um Prag verwerten soll. Ich meine, der Schlachtruf Großbetrieb oder Kleinbetrieb muß ersetzt werden durch den Zielpunkt: Kleinbetrieb und Großbetrieb, aber jedes für andere Boden- und Besitzverhältnisse. Der Kleinbetrieb, das heißt die Zerteilung der großen Besitze in Grundstücke von höchstens 1000 Quadratmeter hat volle Berechtigung für die gartenmäßige Bebauung. Dieselbe liefert sogar einen höheren Ertrag als der Großbetrieb. In China wird auch der Getreidebau gartenmäßig betrieben und soll eine zehnmal höhere Ernte liefern als unser noch so intensiver Körneranbau. Wie mir aber Landwirte mitteilen, soll bei den bisherigen Versuchen der Ertrag weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben sein. Dem gartenmäßigen Betrieb möchte ich dem Kunsthandwerk vergleichen, welches auch niemals im Großbetrieb erfolgreich durchgeführt werden kann. Gewisse Bodenslagen, zum Beispiel die Molotzer Gegend bei Prag, eignen sich ganz ausschließlich für den Gartenbetrieb.

Der Großbetrieb hat wirtschaftliche Vorteile, aber gesellschaftliche Nachteile. Es muß also unser Streben sein, die ersteren zu erhalten und die letzteren zu vermeiden. Das kann nur durch Bildung landwirtschaftlicher Genossenschaften geschehen, wie sie zum Beispiel in Oberitalien seit langem bestehen und sich nach beiden Richtungen, nach der wirtschaftlichen wie nach der sozialen, bewährt haben. Es existiert darüber ein ausgezeichnetes Buch von Paeyer: Die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften in Italien, welches die tschechischen Sozialisten M o r a c e l und Professor M a c e l benutzten hat, diese Einrichtungen an Ort und Stelle zu studieren. Bei unszulande existiert etwas derartiges noch nicht. Man kann nicht warten, bis es sich bei der Schwerefalligkeit der landbauenden Klasse bei uns eingebürgert hat. Deshalb haben wir deutschen Sozialdemokraten in einer Sitzung der Prager Stadtverordneten folgenden Ausweg vorgetragen: Jene Großgrundbesitze, welche bisher Prag mit Lebensmitteln versorgt haben, und welche dies in gleicher Ausdehnung nur bei Beibehaltung des einheitlichen Großbetriebes weiter durchführen können, sind den bisherigen Pächtern auf weitere zwölf Jahre zu verpachten, aber unter der streng zu beaufsichtigenden Bedingung, daß in-

nerhalb dieser Zeit aus den dort beschäftigten landwirtschaftlichen Arbeitern, Angestellten und Beamten eine Produktivgenossenschaft gebildet wird. Vermittelt durch Vorträge und durch Bildung eines Betriebsrates sind die künftigen Genossenschaftler auf ihre Arbeit vorzubereiten, die sie nach Ablauf des Pachtjahres durchzuführen haben. — Auch dieser Antrag wurde, wie alle unsere bisherigen gemeindepolitischen zu den geduldigen Akten gelegt. Dennoch scheint mir derselbe beachtenswert, weil er im Vorhinein der Gefahr entgegentritt, daß künftighin, wenn die Preise der Feldfrüchte und des Viehes fallen, die neugebildeten Kleinbetriebe von ihren Besitzern verlassen und Auskäufern überlassen werden, welche daraus neuerdings Großgrundbesitze bilden werden mit allen sozialen Nachteilen derselben. Höchstens werden diese künftigen Bodensapitalisten nicht Grafen und Fürsten, sondern einfach Bartos und Dlouhy heißen.

Die Nacharbeit in den Bäckereien.

Am Dienstag, den 4. Oktober, las man in den Blättern die erfreuliche Nachricht, daß der Prager Bäckerstreik beigelegt sei, „die Prager werden also Dienstag früh schon wieder Brot und Semmeln erhalten.“

Aus dieser Notiz erfuhren wir, daß genau so wie in der Provinz, so auch in der Hauptstadt, die Bäcker sich um das Verbot der Nacharbeit nicht kümmern, das auch die Prager zum Frühstück frisches Gebäck haben müssen. Wir dachten bisher, daß die Regierung wenigstens in Prag in der Sache des Gesetzes Geltung zu verschaffen, daß ihre Nacht wenigstens für den Prager Polizeitraum ausreiche; in Austerlitz, Teplitz, Brünn, Pilsen und an der übrigen Peripherie des Reiches piff man schon lange auf die Arbeiterschutzgesetze. Wir müssen uns nun fragen, ob die Arbeiterschaft dem Treiben weiter zuschauen darf.

Der tschechoslowakische Staat besitzt in dem Gesetze betreffend die achtstündige Arbeitszeit vom 19. Dezember 1918 ein ganz ausgezeichnetes Arbeiterschutzgesetz, das die Länge der Arbeitszeit regelt, das die Nacharbeit verbietet, das die erwerbstätigen Frauen und Kinder schützt usw. Schade, daß das Gesetz nur einen großen Fehler hat, daß es nur auf dem Papier steht, daß die Gewerbebehörden und die Gewerbeinspektoren fast gar nichts tun zur Wahrung und Durchführung des Gesetzes. Da ist es nun Pflicht der Arbeiterschaft, ihrer Organisationen, der Arbeiterpresse, alles zu tun, um das Gewissen der Behörden zu schärfen und die Unternehmer zur Achtung der Gesetze zu erziehen.

Unter den Unternehmern, welche das Gesetz ganz offen und schamlos übertreten, treiben es die Bäcker wohl am tollsten; sie mißbrauchen die wirtschaftliche Schwäche der von ihnen abhängigen Gehilfen und Lehrlinge, welche sie bei der Revision ihrer Betriebe vor den Augen der Aufsichtsorgane verdecken. Leider sind auch die Behörden nicht genügend energisch. Gelängt es ihnen, einen Bäckermeister bei der Übertretung des Gesetzes zu fassen, so strafen sie ihn mit einem so lächerlichen Betrag, daß der Bäcker darin eine Aufforderung erblickt, das Gesetz weiter zu übertreten und zu verhöhnen.

scher Haltung, die Urlaubermüde schief gesetzt, verließ er die Stube an der Spitze seiner getreuen und anhänglichen Kumpane. Dann hörte man seine Stimme ein Schelmenlied durch die stillen Gassen jauchzen und eine Erörterung mit dem Nachtwächter, sehr umständlich und nur zu dem Zweck sehr laut geführt, damit das ganze Dorf rebellisch werde. Denn alle Wachtunden fühlten sich beunruhigt und also veranlaßt, Stellung in der Streiffrage zu nehmen. Sowie es völlig ruhig geworden war, zählten, die anderen und gingen heimwärts, wie es bedachten und besonnenen Bauern und Häuslern ziemt, denen es nicht taugt, sich anstänkern zu lassen. Zwei nahmen Zapletal unter die Arme und führten ihn. Denn er hatte es arg mit den Weinen.

Die Stube war erfüllt von diesem Rauch nach schlechtem Tabak und Branntweingeruch. „So ein Bauer! Ehe er nicht erstirbt, glaubt er nicht, daß ihm wohl ist, der Bauer!“ So brummte der Wirt, stieß ein Fenster auf und ließ die kühle Abendluft ein. Die Petroleumlampe schwanke im Wehen; sie qualmte hoch auf, und ihr stidiger und brengegender Mißdunst erfüllte das Zimmer. Eine tschechische Magd, die kein deutliches Wort in ihren dicken Kopf bringen konnte, wusch die Gläser und Gläserchen und setzte notdürftig am Boden. Die Wirtin ordnete die Geldsorten, hinstellte und feuhte manchmal tief und asthmatisch. „Ich spür' meine Beine gar nicht mehr unter mir. Und immer schwerer wird es, das blutige Leben zu ver...“

Er sah ihr zu. „Sast recht, Sast, mein Kind! Immer schwerer wird's. Ein anders Geschäft wenn man sich nur wußt, gleich möcht ich's

Im § 13 heißt es: Übertretungen dieser Bestimmungen werden von der politischen Behörde erster Instanz durch Geldstrafen bis 2000 K, im Nichteinbringungsfalle durch Arreststrafen bis zu drei Monaten geahndet. Im Wiederholungsfalle kann eine Geldstrafe bis 5000 K oder eine Arreststrafe bis 6 Monate verhängt werden.

Aber selbst diese mäßigen Straffsätze, die bei Schaffung des Gesetzes im Jahre 1918 noch als hoch gelten konnten, bei der heutigen Geldentwertung aber lächerlich niedrig sind, werden nicht zur Umwertung gebracht. Bei der täglichen tausendfachen Übertretung könnte der Finanzminister eine ansehnliche Summe gewinnen.

Aber Scherz beiseite. Der Arbeiterschaft und insbesondere den Bäckereiarbeitern muß es um die Durchführung des Verbotes der Nacharbeit bitter ernst sein. Der § 8 des genannten Gesetzes verbietet die Arbeit zur Nachtzeit, d. i. von zehn Uhr abends bis fünf Uhr früh. Es handelt sich hier um eine Schutzmaßnahme im Interesse der Gesundheit der Gehilfen und Lehrlinge, die durch die Nacharbeit gesundheitlich geschädigt werden. Es gibt kein öffentliches Interesse, welches diese Nacharbeit der Bäcker gestatten würde. Es ist absolut unnötig, daß der Spießer zu seinem Morgenkaffee frisches Gebäck genießt. Wir waren fünf Jahre lang froh, wenn wir überhaupt Brot bekamen, Semmeln durften überhaupt nicht gebaden werden und es ging auch ganz gut. Wir werden also auch zufrieden sein, wenn erst vormittags oder nachmittags frisches Gebäck zum Verkauf gelangt.

Ueber die Schädlichkeit der Nacharbeit herrscht gar kein Zweifel; beständige Nacharbeit ist gesundheitlich unzulässig, sie schädigt die körperliche und geistige Elastizität.

Es ist bald sechzig Jahre her, daß Karl Marx im ersten Bande des „Kapital“ eine Schilderung über die Zustände in den englischen Bäckereien gab. Es hieß da: „Die Arbeit eines Londoner Bäckergehilfen beginnt in der Regel 11 Uhr nachts. Zu dieser Stunde macht er den Teig, ein sehr mühsamer Prozeß, der eine halbe bis drei Viertelstunden währt, je nach der Größe des Gebäckes und seiner Feinheit. Er legt sich dann nieder auf das Knechtbrett, das zugleich als Dedel des Trogs dient, worin der Teig gemacht wird und schläft ein paar Stunden mit einem Wehlsack unter dem Kopf und einen auf dem Leib. Dann beginnt eine rasche und ununterbrochene Arbeit von vier Stunden, Werfen, Wägen, Formen, in den Ofen schieben, aus dem Ofen holen. Die Temperatur eines Backhauses beträgt 75 bis 90 Grad und in den kleineren Backhäusern eher mehr als weniger.“ Obwohl Jahrzehnte seit dieser Schilderung verfloßen sind, gibt es auch bei uns noch viele Bäckereien mit ähnlichen Zuständen. Und unter solchen Umständen wachsen auch die Lehrlinge heran, die kaum der Schule entwachsen — noch Kinder — körperlich gar nicht entwickelt und widerstandsfähig sind.

Der Bäckerlehrling ist im Allgemeinen — wie Bebel 1890 in seinem Buche „Zur Lage der Arbeiter in den Bäckereien“ ausführte — das beklagenswerteste Geschöpf, das es gibt; die Lehrlinge haben in noch höherem Grade zu leiden, weil ihre Arbeitszeit oft noch länger ist als diejenige der Gehilfen; sie bekommen auch nicht selten eine noch schlechtere Kost

ansagen. Alles läßt aufschreiben. Mahnt man oder klagt man, so wissen sie nicht, was sie einem antun sollen. Und wenn man die Nacht nicht auf die Stunde niederlegt, gleich droht einem der Graf, er wird uns rauschmeißen. Was seine Prozesse fressen, das möcht' er an uns herausschinden.“

Die Wirtin zählte die Striche am grünen Wandschrankchen: „Cyrill Wallenta ist sieben Gulden fünfunddreißig Kreuzer schuldig.“

„Ist viel Geld. Man wird ihm aber doch weiter borgen müssen.“

„Er ist aber nicht gut für so viele schlechte Groschen!“

Moses strich sich lieblosend über das dem Sabbat zu Ehren glatttasierte Gesicht: „Ja. Aber einen großen Anhang hat er, und er geht mir sonst mit seinen Kameraden zum Naz-Gelagert wird doch nicht bei uns, muß man doch gut aufpassen auf sein bißel Rundschau. Und wenn er ein Geld hat, so zahlt er doch immer.“

Woher nimmt er aber ein Geld? Er arbeitet doch nichts. Was willst du ihm nehmen, wenn er einmal nicht will zahlen wollen? Er geht nicht in die Zuckersabrik. Er heiratet nicht und wär' schon lang in den Jahren dafür.“

„Weil er nicht heiratet? Weiß ich, warum er so tut, und woher er's nimmt? Geht's mich was an? Von mir, wenn er mir was fürs Gericht macht, läßt er sich's doch niemals zahlen.“

„Er ist ein Dumpe.“
„Ein Dumpe? Aber wollte Gott, der Allgütige, unser Jüngel, der Moriz, hätte seinen Kopf auf sich. So ein Ravi!“ Der Wirt w-

Cyrill Wallenta.

Von J. J. David.

„Also, du wußt mit wirklich nichts mehr einschütten, Moses?“

„Bei Gott, und keinen Tropfen nicht mehr.“

„Ich zahl' aber für alle!“

„Und wer zahlt für dich, mein Söhnchen?“

Der Bursche sah den Schenkwirt mit aller-

schlauesten Zwinleraugen an.

„Du heißt mich dein Söhnchen. Also, du wirst doch keine Angst haben und mich tranken, Moses? Wegen so paar lumpige Groschen! Du weißt doch, ich hab' immer wieder gezahlt. Und du bist kein solcher Bucherer wie der Raz. Du hast doch ein Gefühl in dir und wirst einen Christenmenschen nicht verdursten lassen.“

„Ja, immer wieder hast du gezahlt, und einmal wirst du vergessen.“

„Wein schon? Wirst alsdann genug an mir verdient haben, daß du's mit der schwarzen Kreide kannst in den Rauchgang schreiben. Und diesmal zahl' ich sicherlich. Ich krieg' bald viel Geld. Du weißt, ich halt' immer mein Wort.“

Er sah den Wirt fast drohend an.

Moses schwankte. Dann gab er sich einen Ruck. „Es ist genug für einen Tag, und ich will sperren.“

„Die aber dürfen weiterlaufen? Die haben jeder ein Glas voll.“

„Die trinken an einem Abend, was du in einer Stunde. Hättest du halt auch geparrt!“

„Hast recht, mein Wohlthäter. Aber warum tun sie das? Weil sie ein Volk sind“ alt, und sie gönnten nicht einmal sich was und einem anderen schon gar nicht. Wir aber sind jung,

und wir meinen's gut und dir erst recht gut. Verdienen sollst du, Bruderherz, und reich werden.“

„Ist schon gut. Das muß aber nicht auf einmal sein. Und für heute ist es demnach genug.“

„Also kein Glas Schnaps mehr? Damit man sich nicht erkälte auf der Straße?“

„Kein Glas Schnaps.“

„Nicht einmal ein Gläschen? Oder wenigstens ein Bier, damit man es nicht so leer hat in sich? Zapletal! Zeig' du, wer du bist, und daß es noch Leute im Dorf gibt, die ein Geld haben.“

Zapletal, der am Bauertisch saß, zuckte zusammen und schielte höhnisch nach dem Burschen, entgegnete aber kein Wort. Der Wirt drängte. „Nichts, gar nichts kriegst.“

„So schen! mir wenigstens eine Zigarre auf den Weg. Eine, wie du sie rauchst.“

„Heut' ist Freitagabend, und da rauch' ich nicht.“

„Was geht mich dein Sabbat an? Eine Zigarre will ich haben, die nicht auf die Rechnung kommt. Wirst mich nicht anders los, Moses!“

Moses mußte lachen. „Da hast, Bettler.“

Der Bursche stiedte sie sehr umständlich an. Alsdann legte er eine Hand schwer auf die Schulter des anderen und sog mit Macht an seiner Zigarre. „Nichts Gutes gönnt du mir. Keine Luft hat sie, mein Bäterchen. Aber ich werde schon fertig mit euch, Ich hab' eine gesunde Punge, und ich halt' schon was aus. Und keinen Bettler schimpfen müßt du mich nicht. Und nun, gute Nacht, meine Söhnchen!“ Und er verbeugte sich sehr höflich vor jedem einzelnen. Ganz stramm, in etwas steifer, militäri-

und haben häufig eine harte Behandlung von Meister und Gefellen zu ertragen. Die Wohltat der Fortbildungsschule wird für sie zur Plage, weil sie ihnen die längliche Zeit des Schlafes raubt; vor Uebermüdung vermögen sie dem Lehrer nicht zu folgen und erscheinen deshalb oft als die schlechtesten Schüler."

Diese Worte Bebels gelten auch heute noch, wenn es nicht gelingt, das Gesetz über die achtfundige Arbeitszeit und insbesondere den § 8, der die Nachtarbeit verbietet, restlos durchzuführen. Und die Arbeiterschaft hat die Macht dazu, wenn sie nur ernstlich will. Zunächst müssen die Bäckereiarbeiter über die Schädlichkeit der Nachtarbeit für ihre eigene Gesundheit aufgeklärt und organisiert werden. In den Kleinbetrieben ist das sehr schwierig; aber Schwierigkeiten sind dazu da, um überwunden zu werden. Die gewerkschaftliche Organisation muß einen Ueberwachungsdiens organisieren und alle Betriebe, in denen nachts gearbeitet wird, zur Anzeige bringen und in der Arbeiterpresse namentlich aufzuführen. Die Gesamtarbeiterschaft muß diese Bestrebungen unterstützen, indem sie es ablehnt, Gebäck zu kaufen, das bei Nacht gebacken wurde. Auch die Konsumgenossenschaften können hier mithelfen. Sie müssen es ablehnen, Brot und Gebäck von Bäckern zu kaufen, die bei Nacht arbeiten. Selbstverständlich darf in Arbeiterbäckereien nachts nicht gebacken werden; die Eigenproduktion soll ja Musterbetriebe schaffen.

Im Parlamente werden unsere Abgeordneten immer wieder verlangen müssen, daß die Regierung und ihre Organe alles tun, um die Gesetze wirklich durchzuführen. Es ist auch zu erwägen, ob nicht durch ein eigenes Gesetz das Verbot der Nachtarbeit in allen Bäckereien ohne Unterschied, einerlei ob sie Gehilfen und Lehrlinge beschäftigen oder nicht, beantragt werden soll. Denn das Gesetz vom 19. Dezember 1918 schützt nur die Arbeitnehmer; die Arbeitgeber können arbeiten, wie lange und wann sie wollen. Aber gerade diese kleinen Existenzen, die mit Frau und Kind, ohne fremde Arbeitskraft arbeiten, sind desselben gefährlichen Schutzes bedürftig wie die Arbeiter. Andererseits erschwert die Arbeit bei Nacht in diesen kleinen Betrieben jede Kontrolle und macht dadurch das Verbot der Nachtarbeit illusorisch. Nach unserer Ueberzeugung läßt sich eine Organisation im Bäckergewerbe schaffen, welche jegliche Nachtarbeit unnötig macht, zum Nutzen und Wohle der Gehilfen und keineswegs zum Schaden der Bäckerunternehmer.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Die Reichenberger Hausherren haben sich unlängst — natürlich wo anders als im Rathauskeller — versammelt und nachdem viele lange Reden gehalten worden waren, wurde eine ebenfollange Entschliebung angenommen, in der die Hausherren ihr Herz ausschütten. Die Entschliebung beginnt mit der Forderung nach dem sofortigen Abbau des Mieterschutzgesetzes. Wie heute jemand die Abschaffung des Mieterschutzgesetzes verlangen kann, ist einfach unfaßbar. Die Hausherren natürlich würden von der Katastrophe von der dadurch ein großer Prozentsatz der Bevölkerung betroffen würde, freilich nicht berührt werden. Die Bevölkerung wäre dann auf Gnade und Ungnade

der Hausherren ausgeliefert. Sie müßte entweder jede Miete zahlen, die der Hausherr verlangen würde, oder sie könnte auf der Straße kampieren. Weiters verlangen die Hausherren die Anpassung der Mieten an die entwertete Valuta. Hierin treffen sich die Hausagrarier mit den landwirtschaftlichen Agrariern. Hausherren und Bauern verlangen, daß ihre Waren zum Weltmarktpreise verkauft werden. Wenn aber dann die Arbeiter kommen und die Anpassung der Löhne an die entwertete Valuta verlangen, dann wird über die mangelnde Konkurrenzfähigkeit unserer Industrie geklagt und vielerlei Ausflüchte gefunden. Die arbeitenden Menschen natürlich, die können nach Ansicht der Agrarier in Stadt und Land alles zahlen. Schließlich sorgen die Hausherren noch für Heiterkeit, indem sie in ihrer Resolution sagen: "Der Ertrag des Hauses ist keine Rente, denn letztere ist ein arbeitsloses Einkommen, der Hausbesitzer aber wird nicht nur auf den verschiedensten Gebieten zur öffentlichen Arbeitsleistung herangezogen (Steuereinzahlung, Veranlagung der Hauszins- und Einkommensteuer, Lebensmittelversorgung usw.), sondern leistet auch in der Mehrzahl der Fälle im Hause selbst für die Parteien manuelle Arbeiten." Die Herren haben nur noch an eine schwere Arbeit des Hausherrn vergessen, nämlich die des Zinseinnehmens an jedem Ersten im Monat.

Beendigung des Nationaler Bergarbeiterstreiks. Wie die "Narodni Politika" meldet, soll der Nationaler Bergarbeiterstreik bereits beendet sein.

Die Lage unserer Industrie gegenüber der deutschen geht aus folgendem Vergleich hervor: Während in Ost- und Westpreußen über 100 Millionen Kronen liegt, mit dem man nichts anzufangen weiß, nähert sich die Kohlerzeugung Schlesiens wieder allmählich der normalen Höhe von etwa 250.000 Tonnen, von denen ungefähr 100.000 Tonnen von den Hütten und Nebenbetrieben Oberschlesiens verbraucht werden, während der Rest dem Handel als Heizkohle zur Verfügung gestellt wird. "Die Nachfrage nach Heizkohle", so schreibt das Berliner Tageblatt, "hat stark zugenommen, weil die Fürcht vor erhöhten Preisen angesichts des bevorstehenden Winters zur beschleunigten Eindeckung führt".

Der tschechisch-polnische Handelsvertrag. Ueber die tschechisch-polnischen Verhandlungen wurde in Warschau Dienstag folgendes gemeinsames Kommuniqué ausgegeben: Am 1. und 4. Oktober fanden im Ministerium für Industrie und Handel Plenarsitzungen der tschechisch-polnischen Kommission für den Abschluß des Handelsvertrages statt, in denen der von der Handelskommission ausgearbeitete Vertragsentwurf eingehend erörtert wurde. Abgesehen von einigen Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Delegationen wurde eine Einigung in allen Punkten erzielt. Der tschechisch-polnische Vertrag ist auf der Grundlage der weitest begünstigsten Ausgestaltung. Die Artikel, welche die Transitfreiheit betreffen, beruhen auf der Konvention von Barcelona. Die Artikel, welche den Warenumlauf betreffen, haben bis zur Wiedereinführung des freien Handels in beiden Staaten provisorischen Charakter. Einer der Artikel regelt die Rechte der Reisenden, Käufer und Fabrikanten. Die Eisenbahn- und Wasserkommunikationen werden grundsätzlich auf der Basis der internationalen Verträge in selbständigen Abkommen oder in Nachträgen zum Handelsvertrage ge-

regelt werden. In einem Nachtrag zu dem Verträge werden auch die Grenzbeziehungen geregelt werden. Die Post-, Telegraphen- und Telefonfragen sowie die Veterinärangelegenheiten wurden bereits durch spezielle Abkommen erledigt. **Wirtschaftsverhandlungen mit Jugoslawien.** Binnen Kurzem werden finanzielle Verhandlungen zwischen Jugoslawien und der Tschechoslowakei zwecks Regelung der Valuta verhältnisse der beiden Staaten sowie der Begleichung der Vorkriegsschulden jugoslawischer beziehungsweise tschechoslowakischer Staatsangehörigen eingeleitet. **Achtstündige Arbeitszeit für Bergbauarbeiter.** Gestern verhandelte das Bergbauobergericht über drei Beschwerden, die die Direktion der Prager Eisenindustrieergesellschaft, die Grubendirektion der Pustiechoder Eisenbahn und die Anglo-böhmische Braunkohlegrube gegen die Entscheidung des Revier- und Betriebsrates der betreffenden Gruben, welche sich gegen die zwölfstündige Arbeitszeit der Arbeiter aussprachen, einbrachten. Der Richter verlas eine Entscheidung des Arbeitsministeriums, derzufolge im Sinne des Gesetzes über die achtstündige Arbeitszeit kein Unterschied zwischen landwirtschaftlichen Arbeitern und den Bergbauern besteht. Versteht ein Bergbauarbeiter auch andere Arbeiten, so beziehen sich auf ihn nicht die Bestimmungen des § 12, Abs. 2, des erwähnten Gesetzes. Der Richter hat die Beschwerden abgewiesen und den Bergbauern die achtstündige Arbeitszeit zuerkannt. Der Verhandlung wohnten über 100 Bergbauarbeiter bei. **Erhöhung der deutschen Zölle.** Vom 20. Oktober ab sollen die deutschen Zölle neuerlich erhöht werden. Bisher war die Anpassung des Zolles an die seit 1914 erfolgte Markentwertung so durchgeführt, daß zu dem in Friedensstaris festgesetzten Sägen ein Zuschlag von 900 Prozent erfolgte. Dieser Zuschlag soll nun von dem genannten Tage an auf 1900 Prozent erhöht werden. Die Wirkung dieser Maßnahme wäre naturgemäß eine weitere Preiserhöhung für die Erzeugnisse, die Deutschland aus dem Auslande bezieht. **Die Goldanleihe der deutschen Industrie.** Aus Berlin wird unter dem 7. Oktober gemeldet: Ebenso wie der Reichsverband der deutschen Industrie, haben jetzt auch dem "Berliner Tageblatt" zufolge die Banken, der Handel und die Landwirtschaft besondere Kommissionen gebildet, welche die Frage des Kreditaugabotes an die Reichsregierung erörtern sollen. Der Bankenausschuß wird vermutlich Dienstag mit dem Reichskanzler über die Ausbringung der Goldmilliarde verhandeln. Ueber das amerikanische Anleiheangebot an die deutsche Industrie berichten die Blätter ferner, daß nach dem Plan der deutschen Industrie eine Goldmilliarde aufzubringen, am 17. September im "New Yorker Herald" veröffentlicht worden war, bereits am 20. September in Berlin das erste Angebot einer Anleihe von einer großen amerikanischen Finanzgruppe eintraf. Vor einer Woche fragten andere Bankgruppen Amerikas in Berlin an, ob man deutsche Unterhändler nach Amerika schicken würde. Mit diesen amerikanischen Finanzleuten fanden bereits Konferenzen im Auslande statt. Gestern traf in Berlin die Mitteilung einer dritten amerikanischen Finanzgruppe ein, wornach heute zwei Finanzleute nach Berlin kommen würden, um über eine amerikanische Anleihe zu unterhandeln. Wie die Blätter weiter mitteilen, stehen die deutschen Industriekreise auch mit den Vertretern der valutarärtesten Länder Europas in Unterhandlungen. Auch diese Angelegenheit soll sich günstig entwickeln. Weniger günstig dürfte wohl das Echo aus sozialistischen Kreisen sein, wornach feststeht, daß als ganzes Ergebnis der heftigen Anstrengungen nur eine Milliarde herauszuschauen soll.

Ein Anschlag auf den Achtstundentag in Deutschland. Wie das "Berl. Tageblatt" aus Halle berichtet, hat das große Leunawerk als erster deutscher Betrieb mit dem Achtstundentag gebrochen und den Arbeitern durch Anschlag bekanntgegeben, daß vom 8. Oktober ab die 56stündige Arbeitswoche wegen Arbeitermangels wieder eingeführt wird. (Es bleibt abzuwarten, was die deutsche Regierung zu diesem unerhörten Vorgang, der im Widerspruch zum Gesetze steht, sagen wird.) **Der Reichsverband deutscher Konsumvereine** weist nach dem nunmehr erschienenen Jahrbuch 1917—1920 (Düsseldorf-Reichholz 1921, 299 S.) folgende Entwicklung auf: Während die Zahl der Vereine von 331 im Jahre 1919 auf 420 im Jahre 1920 stieg, erhöhte sich im gleichen Zeitraum die Zahl der Mitglieder von 411.324 auf 494.101. Der Gesamtumsatz stieg in der gleichen Zeit — d. h. in einer Zeitsprunghafter Geldentwertung — von 166.958.119 Mark auf 529.507.834 Mark. Eine Vergleichung der letzten Ziffer zeigt, daß vom Gesamtumsatz auf die Konsumgenossenschaften 413.887.201 Mark Umsatz im eigenen Geschäft, auf die Großhandlungszentrale jedoch nur 105.937.346 Mark, d. h. etwa 26 Prozent vom Umsatz der Vereine entfielen. Es ist das ein Zeichen, daß der genossenschaftliche Einkauf der Vereine erst ein Viertel ihres Bedarfes erreicht hat. **Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit in der Schweiz.** Bern, 8. Oktober. Der Schweizer Bundesrat verlanot von der Bundesversammlung einen Kredit von 65 Millionen Franken für die Ausführung priorer und behördlicher Notarbeiten zwecks Beschäftigung der Arbeitslosen.

regelt werden. In einem Nachtrag zu dem Verträge werden auch die Grenzbeziehungen geregelt werden. Die Post-, Telegraphen- und Telefonfragen sowie die Veterinärangelegenheiten wurden bereits durch spezielle Abkommen erledigt.

Wirtschaftsverhandlungen mit Jugoslawien. Binnen Kurzem werden finanzielle Verhandlungen zwischen Jugoslawien und der Tschechoslowakei zwecks Regelung der Valuta verhältnisse der beiden Staaten sowie der Begleichung der Vorkriegsschulden jugoslawischer beziehungsweise tschechoslowakischer Staatsangehörigen eingeleitet.

Achtstündige Arbeitszeit für Bergbauarbeiter. Gestern verhandelte das Bergbauobergericht über drei Beschwerden, die die Direktion der Prager Eisenindustrieergesellschaft, die Grubendirektion der Pustiechoder Eisenbahn und die Anglo-böhmische Braunkohlegrube gegen die Entscheidung des Revier- und Betriebsrates der betreffenden Gruben, welche sich gegen die zwölfstündige Arbeitszeit der Arbeiter aussprachen, einbrachten. Der Richter verlas eine Entscheidung des Arbeitsministeriums, derzufolge im Sinne des Gesetzes über die achtstündige Arbeitszeit kein Unterschied zwischen landwirtschaftlichen Arbeitern und den Bergbauern besteht. Versteht ein Bergbauarbeiter auch andere Arbeiten, so beziehen sich auf ihn nicht die Bestimmungen des § 12, Abs. 2, des erwähnten Gesetzes. Der Richter hat die Beschwerden abgewiesen und den Bergbauern die achtstündige Arbeitszeit zuerkannt. Der Verhandlung wohnten über 100 Bergbauarbeiter bei.

Erhöhung der deutschen Zölle. Vom 20. Oktober ab sollen die deutschen Zölle neuerlich erhöht werden. Bisher war die Anpassung des Zolles an die seit 1914 erfolgte Markentwertung so durchgeführt, daß zu dem in Friedensstaris festgesetzten Sägen ein Zuschlag von 900 Prozent erfolgte. Dieser Zuschlag soll nun von dem genannten Tage an auf 1900 Prozent erhöht werden. Die Wirkung dieser Maßnahme wäre naturgemäß eine weitere Preiserhöhung für die Erzeugnisse, die Deutschland aus dem Auslande bezieht.

Die Goldanleihe der deutschen Industrie. Aus Berlin wird unter dem 7. Oktober gemeldet: Ebenso wie der Reichsverband der deutschen Industrie, haben jetzt auch dem "Berliner Tageblatt" zufolge die Banken, der Handel und die Landwirtschaft besondere Kommissionen gebildet, welche die Frage des Kreditaugabotes an die Reichsregierung erörtern sollen. Der Bankenausschuß wird vermutlich Dienstag mit dem Reichskanzler über die Ausbringung der Goldmilliarde verhandeln. Ueber das amerikanische Anleiheangebot an die deutsche Industrie berichten die Blätter ferner, daß nach dem Plan der deutschen Industrie eine Goldmilliarde aufzubringen, am 17. September im "New Yorker Herald" veröffentlicht worden war, bereits am 20. September in Berlin das erste Angebot einer Anleihe von einer großen amerikanischen Finanzgruppe eintraf. Vor einer Woche fragten andere Bankgruppen Amerikas in Berlin an, ob man deutsche Unterhändler nach Amerika schicken würde. Mit diesen amerikanischen Finanzleuten fanden bereits Konferenzen im Auslande statt. Gestern traf in Berlin die Mitteilung einer dritten amerikanischen Finanzgruppe ein, wornach heute zwei Finanzleute nach Berlin kommen würden, um über eine amerikanische Anleihe zu unterhandeln. Wie die Blätter weiter mitteilen, stehen die deutschen Industriekreise auch mit den Vertretern der valutarärtesten Länder Europas in Unterhandlungen. Auch diese Angelegenheit soll sich günstig entwickeln. Weniger günstig dürfte wohl das Echo aus sozialistischen Kreisen sein, wornach feststeht, daß als ganzes Ergebnis der heftigen Anstrengungen nur eine Milliarde herauszuschauen soll.

Ein Anschlag auf den Achtstundentag in Deutschland. Wie das "Berl. Tageblatt" aus Halle berichtet, hat das große Leunawerk als erster deutscher Betrieb mit dem Achtstundentag gebrochen und den Arbeitern durch Anschlag bekanntgegeben, daß vom 8. Oktober ab die 56stündige Arbeitswoche wegen Arbeitermangels wieder eingeführt wird. (Es bleibt abzuwarten, was die deutsche Regierung zu diesem unerhörten Vorgang, der im Widerspruch zum Gesetze steht, sagen wird.)

Der Reichsverband deutscher Konsumvereine weist nach dem nunmehr erschienenen Jahrbuch 1917—1920 (Düsseldorf-Reichholz 1921, 299 S.) folgende Entwicklung auf: Während die Zahl der Vereine von 331 im Jahre 1919 auf 420 im Jahre 1920 stieg, erhöhte sich im gleichen Zeitraum die Zahl der Mitglieder von 411.324 auf 494.101. Der Gesamtumsatz stieg in der gleichen Zeit — d. h. in einer Zeitsprunghafter Geldentwertung — von 166.958.119 Mark auf 529.507.834 Mark. Eine Vergleichung der letzten Ziffer zeigt, daß vom Gesamtumsatz auf die Konsumgenossenschaften 413.887.201 Mark Umsatz im eigenen Geschäft, auf die Großhandlungszentrale jedoch nur 105.937.346 Mark, d. h. etwa 26 Prozent vom Umsatz der Vereine entfielen. Es ist das ein Zeichen, daß der genossenschaftliche Einkauf der Vereine erst ein Viertel ihres Bedarfes erreicht hat.

Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit in der Schweiz. Bern, 8. Oktober. Der Schweizer Bundesrat verlanot von der Bundesversammlung einen Kredit von 65 Millionen Franken für die Ausführung priorer und behördlicher Notarbeiten zwecks Beschäftigung der Arbeitslosen.

Sparmaßnahmen in Frankreich. Aus Paris meldet man: Der Präsident der Kammer hat den Finanzminister Doumer eingeladen, an der Sitzung des Finanzausschusses teilzunehmen, der sich mit den Maßnahmen zur Deckung des Defizits befassen wird. Außer den Abstreichungen bei einer ganzen Reihe von Budgetposten, sind weitgehende Sparmaßnahmen geplant. Auf dem Programm stehen nach dem "Petit Parisien" folgende Anträge: 1. Verminderung des Beamtenstandes bis Ende des laufenden Jahres um 50.000. 2. Sparmaßnahmen durch Einführung einer einschränkenden Änderung in den staatlichen Organisationen. 3. Aufhebung einer Anzahl von Bezirksgerichten. 4. Verminderung oder vollständige Aufhebung der Unterpräfekturen und Reform der Präfekturräte. 5. Genaue Einhaltung des Achtstundentages, so daß von allen Arbeitern, insbesondere von den Eisenbahnern, nicht nur acht Stunden Präsenzdienst, sondern acht Stunden effektive Arbeit gefordert wird. Alle diese Reformen seien in das nächste Finanzgesetz aufzunehmen, das die sofortige Durchführung verbürgen soll.

Vermehrung des ungarischen Notenumlaufs. Aus Budapest wird gemeldet: Der Landesfinanzrat hat in einer unter Vorsitz des ehemaligen Finanzministers Dr. Teleki abgehaltenen Sitzung beschlossen, der Regierung für den Oktoberbedarf 2 1/2 Milliarden Kronen neuer Staatsnoten zur Verfügung zu stellen.

Aus der Partei.

Polsozialorganisation Prag VII. Freitag, den 11. Oktober, abends 8 Uhr, "U Akademie" Vortrag des Genossen Breuer über "Kleingewerbe und Sozialismus".

Sitzung der Prager Bezirksverwaltung. Dienstag, 11. Oktober, 8 Uhr abends im Bezirkssekretariat Smetichogasse 27 eine Sitzung der Bezirksverwaltung.

Turnen und Sport.

D. F. C. Lomb: Anselth S. A. 2:2 (1:1) Neuerlich scharfes Spiel, welches so ausartet, daß drei Spieler vom Platz gewiesen werden mußten (von D. F. C. 2, von Anselth 1). Beide Mannschaften spielten, bis auf wenige Einzelleistungen, sehr mittelmäßig; ihre Kombination und Schußtechnik ließen viel zu wünschen übrig.

Dresdner Sportklub gegen Union Jizlow 1:3. Heutige Wettkämpfe: In Prag Dresdner Sportklub gegen D. F. C. Prag, S. A. Kladno gegen A. C. Sparta (Meisterchaft). In Tepliz spielen die alten Rivalen D. F. A. Kuffig gegen Teplitzer F. A.

Literatur.

Freiz Wittels: "Kriegsgewinn für alle." (Wien, 1921, Verlag "Allgemeine Rührschicht.") Die acht temperamentvoll geschriebenen Seiten, ein Bruchstück des umfangreicheren Werkes "Die Vernichtung der Rot", treten gegen die allzuheftige von lautmännlichen Erwägungen geleitete wissenschaftliche Volkswirtschaftslehre auf und verlangen die Sicherung des Lebensminimums in Sachwerten, nicht in Geld, für jedermann, u. zw. womöglich durch Inlandsproduktion. Internationale Organisationen, meint Wittels, versagen gerade im Augenblick der Not. Wie freilich das Inland die notwendigen Produkte zur Sicherstellung des Lebensminimums herstellen soll, darüber schweigt sich Wittels aus und deshalb ist seine Fronte gegen die Internationale wenig am Platz. Desto mehr darf man ihm darin zustimmen, daß jeder, gleichgültig, welche Art Arbeit er verrichtet, ein Recht auf ein Minimum der Existenzmittel in natura habe. Erst darüber bauen die Abstufungen nach der Qualität der Arbeit auf. Nur freilich ist auch diese Forderung nicht und Mittel zu ihrer Erfüllung gibt Wittels nicht an. So bleibt als Gewinn des Heftens bloß die Befamntschafft mit einem menschlich mitfühlenden, forschenden Draufgänger übrig, was für einen Sozialreformer etwas wenig ist.

"Die Schwelle." Gedichte und Gedanken für die proletarische Jugend. Hg. von Rudolf Schwarzkopf. (Berlin, 1921, "Freiheit.") Unsere Dreizehn- und Vierzehnjährigen erhalten mit diesem Bändchen ein Gebet- und Konfirmationsbuch. Nur gilt die Andacht der gehaltreichen Seiten nicht einem Phantastiegot in Märchenhimmel, sondern der lebendigen Menschheit. Unter Gesicht, sein Ringen, Leiden und Aufwärtsstreben ist der Held, Verse von Goethe und Schiller, von Dehmel, Holz, Werfel und Whiman feiern seinen Kampf, Erwägungen Eisners, Engels', Marx', Rousseau u. a. finden tiefergriffen seinem Schicksal nach. Wie Hans Baluschek die Worte der Dichter und Denker mit künstlerisch erlebten Bildern begleitet, so hat Rudolf Schwarzkopf sie ausgewählt: nicht als nüchternen Belege einer ausdrücklich hervor-tretenden Tendenz, sondern als Weichen edler, von den sozialen Kämpfen der Menschheit erschütterter Männer. Wer unsere Jugend die ewigen Wahrheiten des Sozialismus innerlich durchleben lassen will, gebe ihr "Die Schwelle" in die Hand. Von ihr aus kann sie einen lauten, schönen Blick tun ins gelobte Land der Zukunft. K.

Kun- und Wissen.

Neues Theater. Heute, Sonntag Buccini "Mädchen aus dem goldenen Westen". Morgen, Montag "Don Cesar". Dienstag "Die Scheidungsreise", nächsten Sonntag Nachmittag Verbis "Traviata". **Operette.** Mittwoch das Edele Garrische Drama "Das Gefährliche". Samstag die Operette "Der Veiter aus Dingoda", Musik von Edward Künneke. Die Oper bereitet für Sonntag, den 23. Oktober die Operette "Anbreiten" vor, die Operette bringt als nächste Kubcu die "Jantagiu" von

riet in ein andächtiges Neigen des Hauptes, das gar kein Ende nehmen wollte.

"Was willst du schon wieder von unserem Jüngel?"

"Will ich was von ihm? Er ist gottlob ein braves und ein frommes Jüngel. Aber dem Wallenta sein Kopf! So ein Kopf!"

"Er ist aber doch ein Lump!"

"Ein Lump? Ich weiß nicht. Aber" und ein breites Schmunzeln ging über das Gesicht des Wirts, "ein ganz, ein niederträchtiger Kerl ist er."

Also: Cyrill Wallenta war ein ganz ein niederträchtiger Kerl. So hieß ihn Moses Lichtenstern, und das gesamte Dorf war seiner Meinung. Man möcht's aber gar nicht glauben, wie verschiedenen Sinn die gleiche Benennung gewinnen kann. Bei vielen färbte sie der Haß. Bei anderen die Bewunderung, ja die unbedingteste Färslichkeit. Immer aber klang ein großer Respekt vor dem ganzen Menschen mit.

Am 5. Juli 1861 waren der sehr armen Kleinhauslerin Wallenta Zwillinge beschwert worden. Die Patenschaft übernahm der reichste Bauer auf viele Meilen in der Runde, Rajetan Papletal. Angefichts der besondern Verdienstlichkeit dieses guten Werks und der ausnehmenden Heiligkeit des Tags. Natürlich empfingen die Knäblein in der Taufe die Namen nach den gesegneten Landeskönigen.

Das eine starb früh. Und Cyrill Wallenta meinte später, es sei ein wahres Glück gewesen. Denn sonst hätte am Ende er etwas Methobisch an sich. Und das hätte ihm durchaus nicht gepakt.

(Fortsetzung folgt).

Robert Stolz, und das Schauspiel ist mit Proben zu Shakespeares „Romeo und Julie“ und Lesings „Minna von Barnhelm“ beschäftigt.

Lehrer Vortragsabend Ludwig Hardt. Morgen, Montag, halb 8, Produktenbörse. Populäre Preise von Kr. 10, 8, 6, 4 (und Steuer). Ludwig Hardt wird aus den bisherigen Programmen auf Zuruf des Publikums wählen, sonst aber Neues sprechen. Zum ersten Mal bringt er aus seinen „Schauspielerporträts“: Elise Lehmann, Ballenberg, Bassermann, Wegener, Schildkraut, Wolff. Neufliche Karten bei Wehler und an der Abendkasse.

I. vollständiges Sonntagskonzert. Heute, halb 4, Produktenbörse. Franz Schubert: Sonatine D-dur für Violine und Klavier, Variationen A-dur und Militärmärsche (vierhändig), Follerequintett. Mitwirkende: Georg Szell, Dr. Rudolf Teller, Paul Schöbert und die Akademiestudenten Schwescha, Alt und Tomtschischel. Abonnements von Kr. 40 bis 100, Einzelkarten von Kr. 5 bis 12 von 3 Uhr an der Konzertkasse.

Schäfsche Philharmonie. Gustav Drecher dirigiert 13. d. M. um halb 8 Uhr abends die Schäfsche Philharmonie im Smetanaaal. Programm: Mozart — Buffoni Weber — Borodin und J. Strabinski. Karten im Vorverkauf.

„Urania.“
„Das Unbekannte Spanien.“ Heute halb vier in der „Urania“. Forschungsreisender Kurt Hiescher-Berlin. Mit Lichtbildern. Einzelparten 5 und 4 Kronen.

Wilhelm Ostwald in der „Urania“. Der berühmte Physikochemiker spricht Dienstag, den 18., 1/8 Uhr, über das Thema „Gefetz und Freiheit in der Kunst“ (mit Lichtb.). Der Gelehrte wird seine neuesten aufsehenerregenden Forschungen über die Harmonie der Farben behandeln. Vorkonzerte Urania-Konzert, Smetachlag, 22.

Heute, halb 4 Uhr. Im Bilde durch die Welt! 1. Vortrag. „Das unbekannte Spanien“ mit 100 prächtigen Lichtb. Kurt Hiescher-Berlin. Abonnement für 10 Vorträge für Mitgl. 30 Kr., für Nichtmitgl. 35 Kr. Einzelparte 5 und 4 Kronen.

Freitag, den 14., 6 Uhr „Moderne Experimentalphysik“. Doz. Dr. Fürth. Dreistünd. Kurs — 10 Kr. Dieser Kurs mit zahlreichen Experimenten erläutert die Wunder der Physik in Beleuchtung, Radium, Höhenjonne usw.

Freitag, den 14., halb 8 Uhr „Musikalisch-dellamatorischer Abend“. Gusti Beidl — Godel — Dr. Theodor Beidl. Schumann „Phantasiestücke“ „Robtram „Rosamunde“ von Fontane, Musik von Th. Beidl (erste Aufführung), „Rezitationen“. Karten 15—3 Kr. Mitgliedsbeiträgen und Mitgl.-Erneuerung (Jahreskarte 5 Kr.) täglich Urania-Konzert von 10—1 und 4—7 Uhr.

Herausgeber:
Dr. Ludwig Egech und Karl Cermak
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß
Druck: Aktiengesellschaft Tribuna, Prag.

Ein unentbehrliches Handbuch,
das in keiner Arbeiterfamilie fehlen darf, ist das
„Freiheit“-Jahrbuch 1922
für das arbeitende Volk.

das in den nächsten Wochen im Auftrage des Parteivorstandes der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik erscheint. Gerade das Beste ist für die Arbeiter gut genug! Kein minderwertiges Gedicht, keine leichte Erzählung fand deshalb Aufnahme in dieses proletarische Handbuch. Der Leser findet darin nur die besten Namen des deutschen und ausländischen Schrifttums. — In allzuvielen Arbeiterfamilien findet man leider noch immer die süßlichen „Familienkalender“ mit ihren verlogenen, faden „moralischen“ Geschichten. Arbeiter, die stolz darauf sind, ihre proletarischen Pflichten zu erfüllen, die keine bürgerliche Zeitung in ihrem Heime dulden würden, kaufen gedankenlos irgend einen dieser von geschäftstüchtigen Unternehmern auf den Markt geworfenen Kalender oder kümmern sich nicht darum, was für Bücher solcher Art ihre Frauen nach Hause bringen. Das muß anders werden! In seinen Feierstunden, wenn er im Kalender blättert, soll der Arbeiter nur schöne, wertvolle Erzählungen, gehaltvolle Dichtungen, gediegene Aufsätze finden. Die aber bietet ihm in überreicher Fülle das „Freiheit“-Jahrbuch. Sein Auge wird erfreut durch den reichen Bilder-

schmuck, vor allem durch die schönen ganzseitigen Illustrationen. Die Genossen, die unseren allzufrüh verstorbenen Genossen Seliger kannten und liebten, wird es besonders freuen, daß dem Kalender ein ganzseitiges Bild Seligers auf Kunstpapier beigegeben ist, das gewiß mancher Genosse einrahmen und als Zimmerschmuck verwenden wird. Trotz des reichen Inhaltes und der vorzüglichen Ausstattung kostete das „Freiheit“-Jahrbuch nicht mehr als 7 Kr. Der Preis wurde so niedrig bemessen, um es jeder Arbeiterfamilie zu ermöglichen, sich dieses wertvolle Handbuch anzuschaffen. Mit dem Verlage und der Auslieferung des Jahrbuches wurde die Buchhandlung „Freiheit“, Zeplich-Schönan, Theresienstraße 18, betraut. Bestellungen übernehmen jetzt schon die Kolportage unserer Parteiblätter und die Vertrauensmänner unserer Organisationen.

Mitteilungen aus dem Publikum.

PELZWAREN
Herren- u. Damenpelze, Pelzjackets, Krägen, Boas, Muffe usw.
kauft man am besten bei
F. DENDER, Prag I., Celetná 12.
Reparaturen und Umarbeitungen werden angenommen. 144

Ebermanns
Mundwasser — Zahnpulver
das BESTE und BILLIGSTE zur
täglichen Zahnpflege. 64
Erhältlich in Apotheken, Drogerien,
Parfümerien und Konsumvereinen.
Dr. Ebermann, Prag 619-1.

Kohle - Koks - Holz
liefern fuhr- und waggonweise
S. L. Reimann Söhne,
Prag II., Václavské nám. 47.
Telephon Nr. 1675 und 4179. 92

CAFÉ ELEKTRA
PRAG-WEINBERGE,
beim Museum, neben dem Deutschen
Theater.
TREFFPUNKT DER GENOSSEN
Telephon 4654. 124

**Sämtliche
Druckaufträge**
übernimmt 98
Lidová knihtiskárna A. Němec a spol.
(„Pravo Lidu“)
PRAG II, Hybernská 7. = Tel. 4999.

KONSUMVEREINE, KAUFLEUTE!
deckt euren Bedarf an
STRAPAZHOSEN
aus Zwirnzeug, Strucks etc. beim Erzeuger
Johann Brodkorb, Petersdorf,
Bezirk Jägerndorf, Schlesien.
Verlangen Sie Nachnahme-Probestellung.
Nichtpassendes nehme ich zurück. 154

Pfering-
Seil und Essig
ist der Beste!
zu haben in allen
Konsum-Vereinen. 47

Wir erzeugen wieder feinste
Theemargarine „SANA“
und vorzügliche
Tafelmargarine „AXA“
den besten, altbewährten Butterersatz
der Neuzeit in Friedensqualität.
Sana Ges. m. b. H., Prag-Bloubětín
Půjčovní 2. 151

DRUŽSTVO ČESKOSLOVENSKÝCH KREJČÍ
MAISON LOUVRE
PRAG, NARODNI TRIDA 20
VORNEHME HERRENSCHNEIDEREI NACH MASS
AUS EIGENEN UND MITGEBRACHTEN STOFFEN
STETER EINGANG TELEPHON: ERSTKLASS. SCHNITT
VON NEUHEITEN 7868 4648 UND VERARBEITUNG
142

**Kanafasse,
Inlette,
Matratzen**
Gradl und Damaste,
für Inland u. Export
liefert billigst Hrono-
ver Erzeugung von
Leinen- und Baum-
wollwaren 58
Viktor Prager,
Prag-II., Truhlářská
ul. Nr. 21, nächst
Repräsentationshaus
Telefon 2252

**Erstklassige
Kragenbüglerin**
wird per Oktober auf-
genommen.
Chemische Reinigung
Friedrich Hölscher,
Znalm. 102

Genossen! Leset und verbreitet euer Zentralorgan!

Zur Beachtung!
In letzter Zeit mehren sich die Fälle, dass unser Likör
„Ein Klostergeheimnis“ nachgeahmt
wird u. fremde Erzeugnisse sogar in unsere Originalflaschen nachgefüllt werden.
Wir bitten die Käufer unseres Likörs gut alle Einzelheiten unserer Etikettierung,
insbesondere auch die Unverletztheit des Siegels, zu beachten, um vor Täuschungen geschützt zu sein.
Likörfabrik Schönriesen, Ges. m. b. H.
(vormals Gebrüder Eckelmann).
139

BERSON GUMMIABSÄTZE
BILLIGER ALS LEDER